

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis pro Quartal 80 S. Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 28. Januar 1899.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 30 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Tafel der Reichen und die Tafel der Armen. - Zur Arbeitslosenunterstützung. - Konferenzen von Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiterverbandes: Bielefeld, Breslau. - Rauchhammer. - Wie's gemacht wird. - Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. - Korrespondenzen. - An die Metallarbeiter des Herzogthums Braunschweig und der angrenzenden Bezirke. - Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter: Abrechnung der Hauptkasse pro Dezember 1898. - Rundschau. - Literarisches.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

- von Brillen- und Bincenezararbeitern nach Rathenow (H. Henne) D.; von Drehern, Hoblern und Schlossern nach Grefeld (Schörr); von Fahrradarbeitern nach Freiburg i. S.; von Feilenbauern u. nach Aunsbach (Aug. Wöhl), nach Frankenthal, Spener, Mannheim und Ludwigshafen L., nach Halle a. S. (Anmendorfer Feilen- u. Maschinenfabrik) St.; von Formern nach Bielefeld (Temperformer, Firma Wilt. Kramer) Str., nach Bübels (Maschinenfabrik F. Haase) Str., nach Halle a. S. (Büschdorf (Jakobi)); von Klempnern nach Düsseldorf (Springorum); von Metallarbeitern nach Pöschel (Camillo Walther); von Nautischen Instrumentenmachern, Mechanikern u. nach Christiania (Norwegen), (Optiker J. E. Krohn); von Polirern nach Gableu (Niemann) St.; von Heizzeugmachern nach Nürnberg (Gärt & Sohn) D.; von Schlossern u. Schmieden nach Iphoe (W. Wessel) R.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; u. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

Die Tafel der Reichen und die Tafel der Armen.

Genieße, was Dir Gott beschieden, Entbehre gern, was Du nicht hast!

Der blinde Haß gegen die Arbeiterbewegung hat bekanntlich schon zu den tollsten Beschuldigungen derselben geführt. Sie soll die Urheberin der Klassen-gegenstände und deren weiterer Verschärfung, die Urheberin der Klassenkämpfe und jeder Unzufriedenheit sein. Daß die Klassen-gegenstände und Klassenkämpfe so alt sind, wie die menschliche Gesellschaft, lehrt die Geschichte, wie dies trefflich Karl Marx im „Kommunistischen Manifest“ darthut; daß die Unzufriedenheit unter den Menschen ebenso alt, kann nur Böswilligkeit oder Unwissenheit bestreiten. Die moderne Arbeiterbewegung ist unter diesen Umständen das Produkt der herrschenden Unzufriedenheit, nicht aber die Urheberin derselben. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß wir die Zufriedenheit nicht antasten wollen. Wer mit der längsten Arbeitszeit, mit den schlechtesten Löhnen, mit schlechter Behandlung, enger und dumpfer Wohnung, mit schlechter ungenügender Nahrung usw. zufrieden ist, dieser Mensch ist anormal, er ist verjumpt und ihn unzufrieden zu machen, ist ein Gebot der Nothwendigkeit für die aufwärtsstrebenden intelligenten Arbeiter, ein Gebot im Interesse der Erhaltung und Weiterentwicklung unserer Kultur und ist sonach keine verwerfliche, sondern eine verdienstliche That.

Die Besitzenden und Herrschenden sind freilich anderer Meinung. In ihren Augen ist die Bekämpfung der Zufriedenheit ganz oder theilweise verjumpter Arbeiterschichten ein großes Verbrechen. Sie sehen überhaupt, wenn sie über die soziale Frage und die Arbeiterbewegung sich äußern, Alles auf's Beste bestellt, sie sehen an den Verhältnissen der Arbeiterklasse nur Sonnenschein und keinen Schatten, oder nur wenige „Reibflecken“, die nichts anderes als „Schönheitsfehler“ der sonst so prächtigen kapitalistischen Gesellschaftsord-

nung sind. So sagte der lebensfrohe Herr Posadowsky jüngst im Reichstage: „Unsere Arbeitslöhne sind in fortlaufend steigender Bewegung, wir haben in Deutschland Institutionen zum Besten unserer Arbeiterbevölkerung, wie sie kein anderer Staat bis jetzt zu Stande gebracht, Institutionen, die anderen Staaten zum Muster dienen. Man sollte also meinen, daß unser deutsches Volk in der Gegenwart die allergrößte Ursache hätte, zufrieden zu sein.“ Wenn man unter „unserem Volke“ die glänzend bezahlten Minister, die reichen Junker und anderen Großgrundbesitzer, die Industrie-, Handels- und Finanzbarone versteht, dann hat Herr Posadowsky mit seiner Bichtmalerei ganz recht; meint er darunter aber auch die Arbeiter, dann hat er ebenso sehr unrecht. So ist die „fortlaufend steigende Bewegung der Arbeitslöhne“ nur auf die „fortlaufend steigende Ueberzeit- arbeit“ unter der wirtschaftlichen Prosperität zurückzuführen. Soweit übrigens Vergleiche mehrerer Jahre möglich sind, wie z. B. bei den Bergarbeiterlöhnen, beträgt diese Steigerung bei Tagelöhnen von 2, 2.20, 2.40, 2.60 M. u. in Jahresdurchschnitte 2, 4, 6, 8 bis 10 S., selten mehr. Damit zu „paradiren“ ist umso weniger gerechtfertigt, als diese Löhne sammt der „fortlaufenden Steigerung“ erbärmliche Hungerlöhne sind. Soweit wirkliche Lohnerhöhungen eingetreten, sind sie von den Arbeitern erst erkämpft worden, was Herr Posadowsky ja für die Zukunft unmöglich machen will. Ob er das Zuchtthaus für den Streit auch als „musterhafte Institution für andere Länder“ hält? Zuzutruen ist ihm eine solche Vorstellung.

In der rauhen Wirklichkeit sehen die Dinge ganz anders aus, als sie sich im Kopfe eines preußisch-deutschen Junker-Ministers darstellen. Da wird z. B. auf einer Kochkunst-Ausstellung in der Weber-Metropole Grefeld nach den Berichten der Zeitungen den Arbeitern mit den „steigenden Löhnen“, die „allen Grund zur Zufriedenheit haben“, folgendes Rezept für drei Personen zur praktischen Befolgung empfohlen:

- 25 Gramm Fett in Würfel geschnitten 1 1/2 S mit 75 Gramm Mehl angeröstet . . . 2 " aufgefüllt mit 2 Liter Wasser . . . 0 " 1 1/2 Pfd. Zwiebeln in Scheiben geschnitten 7 " 1 1/2 Pfd. in Streifen geschnittene Kartoffeln 7 " Pfeffer und Salz . . . . . 1 1/2 "

Sa. 16 S

Welche üppigen, schmelzerischen und kulinarischen Genüsse! Aber die Verfasser oder Verfasserinnen dieses Rezepts, genaue Kenner der Verhältnisse der Kapitalisten wie der Arbeiter wissen eben, daß die Arbeiter schlechte Löhne erhalten und darum zeigt man ihnen in überquellender christlicher Nächstenliebe ein Rezept, nach dem sie um 5 1/2 S pro Person ein famoses Mittagessen erhalten können. Der geniale Erfinder dieses Proletarier-Menüs darf sich auf sein Rezept das deutsche Reichspatent erwerben, er darf hoffen, von den deutschen Kapitalisten einen „Nationalbank“ in Gestalt einer Million Mark zu erhalten. Seine Erfindung eröffnet ja für das Unternehmertum die glänzendsten Aussichten. Wenn der Arbeiter um 5 1/2 S ein Mittagessen erhalten kann, dann sind ja die Weberlöhne von 4, 5, 6 M. und darüber pro Woche noch kleine fürstliche Einkommen und man kann auf der ganzen Linie eine fröhliche Lohnreduktion vornehmen.

Freilich ist der Grefelder Erfinder nicht der erste Bahnbrecher auf dem Gebiete der „Volksernährung“. Schon vor Jahren hat ein Verband von Fabrikbesitzern in der Rheinprovinz, „Arbeiterwohl“ - welcher blutige Hohn steckt in dieser Bezeichnung! - in München-Gladbach, ebenfalls eine Weber-Metropole, unter dem schönen Titel „Das häusliche Glück“ eine Schrift herausgegeben, die ungefähr das Geheimniß löst, wie man sich als gottversuchter Lohnarbeiter und Nichtbesitzer kostenlos ernähren kann. Das feine Schrift-

chen mit dem schönen Titel gibt folgendes Rezept für die Mittagmahlzeit einer Familie, die aus 4 Erwachsenen besteht:

- 3 Pfund Sauerkraut, 5 " Kartoffeln, 1/4 " frischen Speck.

Das ist aber eine Sonntagsmahlzeit! Sie kostet zusammen für 4 Personen 40 S., also für jede Person 10 S. In der Woche gibt es Kartoffeln mit Wurstbrühe oder Kartoffeln mit Kohl, oder Kartoffeln mit Kopfsalat und Specksauc, oder Kartoffeln mit Erbsen. Eiweiß und Fett enthält eine solche Nahrung nur halb so viel als notwendig zu einer ausreichenden Ernährung ist. Es trifft auch gegenüber diesen famosen „Speisekarten“ für den Tisch des Proletariats zu, was in einem Gewerkschaftsblatte zu dem Grefelder Recepte bemerkt wird: „Es ist wohl manchem Leser und mancher Leserin schon aufgefallen“, heißt es da, „warum so viele Bourgeois, die ihre eigene Köchin oder ihren besonderen Koch haben, so dick und wohlgenährt aussehen und ihre feisten Bäuchlein spazieren fahren können. Das Geheimniß ist jetzt gelüftet, die guten Leute haben nach obigem Recept gegessen. Und die Arbeiter sehen vielfach deshalb so schlecht aus, weil sie zu viel Schweine- und Ochsenfleisch, Mehrläden, Hahnenbraten, Hummern u. essen und zu viel Sekt trinken. Die Zufriedenheit in der Welt kann nur durch Kartoffelsuppe wieder hergestellt werden. Dann ist auch mit einem Schlage der Fleischnoth abgeholfen.“

Nun, das Menu der reichen Leute sieht freilich etwas anders aus, als das der Weber in Grefeld oder München-Gladbach oder der Proletarier überall. Ungefähr zu derselben Zeit, da das Grefelder Ausstellungsrezept veröffentlicht wurde, fand in Stuttgart die Hochzeit der Prinzessin Pauline mit dem Erbprinzen von Wied statt. Mittags 1 Uhr gab es im Schlosse ein Familienfrühstück für die Mitglieder der königlichen Familie und für die Gäste und gleichzeitig fand in einem anderen Saal ein Maskallsfrühstück für 84 Personen statt. Nach den Stuttgarter Blättern wies der Königstisch folgendes Frühstück auf:

- Fleischbrühe. - 1893 Hofammer-Kleber vom Eilfinger Berg. Gebäckene Seezunge mit Kräutertunke. - Johannsberger Schaumwein. Damisch Legel, gedünstet. - 1881er Romanée Conti. Bayerisches Kraut mit Bratwürstchen. - 1884er Bernkasteler Doktor. Hühnerstückchen nach Chateaufort. Gänsebraten, Salat und Dinstofel. - Heidsieck Monopol. Savarins mit Aprikosentunke. - Wikante, Käse, Früchte und Nachtisch. Den Herrschaften an der Marschallstafel wurde vorgesetzt: Austern. - Sauternes. Windsorjuppe. - Madeira. Forellen mit holländischer Tunke. - Clos St. Jean, Schaumwein. Damziemer mit Gemüse. - 1893 Chateau Mouton, Rothschild. Champignons mit Krusteln. - 1862er Martobrunner Auslese. Fasanen nach Bondorber. Summer mit Salz und Delikat. - Königspunsch. Jandiadraten. Salat und Dinstofel. - Most et Chandon. Reuscocrème. Ananaseis. Käse und Nachtisch.

Der Gegensatz dieser und der ersterwähnten Menüs ist in die Augen springend. Aber man kann uns mit Recht erwidern, daß es sich hier um ein königliches Haus handelt und jedes Land nur ein solches hat, ferner, daß Hochzeit war, also ein nicht alle Tage vorkommendes Familienfest. Diese Einwände lassen wir gelten. Wenn wir dennoch die beiden Stuttgarter Menüs anführen, so deshalb, weil sie im großen Ganzen keine Ausnahme an königlichen Höfen sind, sondern weil die Bourgeoisie ebenso oder annähernd so, zum Theil vielleicht sogar noch besser lebt und weil ferner die „freundliche Gefinnung“ derselben

gegenüber der Arbeiterschaft in um so grellerem Lichte erscheint. Für sich die höchsten Gewinne und alle Genüsse des Lebens, für die Arbeiter Hungerlöhne und Wasser suppe, Sauerkraut und Kartoffeln. Damit soll nach Herrn Hofadomsky und den mit ihm sehr einverständlichen besitzenden Klassen die Arbeiterschaft zufrieden sein. Sie ist es aber nicht und wird es nicht sein, so lange diese ungesunden und ungerechten Verhältnisse fortbauern und wird sich in dieser Unzufriedenheit und in ihren emanzipatorischen Bestrebungen weder durch ministerielle Schönfärberei, noch durch die Drohung mit dem Zuchthaus brechen lassen.

**Zur Arbeitslosenunterstützung.**

Zunächst ist zu bemerken, daß unsere Organisation zu ganz anderen Zwecken als der Versicherung gegen die Arbeitslosigkeit gegründet wurde. Maßgebend war dabei, abgesehen von Anderem, die in ihrer Zersplitterung machtlosen Arbeiter durch Zusammenschluß zu befähigen, den Unternehmern eine Besserstellung ihrer materiellen Lage abzutrotzen. Die Arbeitslosenunterstützung, von welcher andeutungsweise gesprochen wurde, kam damals gar nicht in Betracht, nur die Reiseunterstützung fand Berücksichtigung aus agitatorischen Gründen, nicht als Selbstzweck, indem man kalkulierte, daß bei den jungen Leuten die Erkenntnis, die notwendig ist zum Verständnis der Ziele unserer Bewegung, noch nicht vorausgesetzt werden könne, sondern in Gestalt der Reiseunterstützung ihnen ein greifbarer materieller Vorteil geboten werden müßte, um sie zunächst zum Beitritt zu bewegen und ihnen dann durch Zeitung und Versammlungen ein besseres Verständnis beizubringen.

Es ist aber klar, daß jede Verquickung mit Einrichtungen, die dem eigentlichen Zweck fernliegen, geeignet ist, diesen letzteren zu verschleiern. Wenn gesagt wird: Prinzipielle Gründe dagegen gibt's nicht, so ist das eine Ignoranz der Tatsache, daß viele der jungen Leute, welche die Reiseunterstützung ausgenützt, dann wieder austreten, wenn sie glauben, derselben nicht mehr zu bedürfen und bei Einführung der Arbeitslosenunterstützung vielleicht Mitglied bleiben, aber nur, um diese auszunützen, nicht aber aus Solidarität. Während also jetzt bei den Mitgliedern bis zu einem gewissen Grade angenommen werden kann, sie seien aus Ueberzeugung dabei, ändert sich dies dann. Man wird nicht mehr übersehen können: Wie viele sind unbedingt sicher bei etwaigem Streik, wenn z. B. beim Streik bei Neber-Frankfurt a. M. und Stöwer-Stettin je gegen 90 Mitglieder wegen Streikbruchs ausgeschlossen werden mußten, wo wir nur mit den unsicheren Kantonsisten der Reiseunterstützung zu rechnen hatten. Das ist eben der Fluch der heutigen Verhältnisse und des Unterstützungswezens, daß letzteres dann für die Mehrheit Selbstzweck wird und die Minderheit nicht im Stande ist, unser Prinzip zu retten. Das haben wir speziell in Dresden an den Buchdruckern erlebt, welche die prinzipiellen Mitglieder gar nicht zum Worte kommen ließen und theilweise ausschlossen, als dieselben es wagten, an der Vorteilhaftigkeit des vom Vorstande abgeschlossenen Tarifs zu zweifeln. Kann uns daran etwas liegen, unsere Organisation nur mit Rücksicht auf die Zahl auszubreiten, in puncto Qualität jedoch gleichgültig zu sein? Was wäre es für ein Gewinn, wenn wir vielleicht 270,000 Mann stark wären, während nur 60,000 Mann zuverlässige Leute wären? Würden die 210,000 unzuverlässigen jenen 60,000 nicht bei jeder Gelegenheit hindernd im Wege sein und jede kraftvolle Aktion im Keime erlöschend? Jetzt stehen sie uns als offene Gegner entgegen, während sie dann als „Verbandskollegen“ die von uns geschaffenen Einrichtungen zu unserer Vergewaltigung benutzen würden. So notwendig unsere Ausdehnung auf alle Berufsangehörigen auch ist, so wollen wir sie doch nicht eintauschen um das Unversichertsein der Unterstützung und lieber uns die Mühe unermüdlichster Agitation und längeren Zuwartens nicht verdrießen lassen.

Zur Beantwortung der prinzipiellen Frage sehr wichtig ist auch der englische Maschinenbauereireis, oder kann bestritten werden, daß dieselben länger angehalten, also voranschreitlich gehirt hätten, wenn sie nicht neben den Streikgebern bei Vermeidung der zahlenden Mitglieder noch hätten enorme Summen für Unterstützungswezen aufbringen müssen, welche sie doch nicht ohne Weiteres inhibieren konnten?

Oder glaubt man in Deutschland vor solchen umfangreichen Kämpfen trotz der noch besseren und feindlicheren Organisation der Unternehmer sicher zu sein? Die Frage stellen heißt zugleich sie beantworten. Der Berliner Formenerstand ist typisch dafür. Was die Vereinigungen des Vorstandes und des Kollegen W. D. H. anlangt, so gehen dieselben von dem heutigen Mitgliederbestand und dessen Qualität aus. Schon dadurch dokumentieren sie sich als unrichtig, da diese Grundlagen sich sehr zu unseren Ungunsten, namentlich in Zeiten der Krise oder großer Streiks verziehen müßten. Wenn man jetzt, wie solche eine, als leistungsfähig allgemein geltenden Organisationen, wie die englischen Maschinenbauer und die deutschen Buchdrucker (deren das Sozialistengesetz nicht hindernd in den Weg kam) in wichtigen Kämpfen durch ihr Unterstützungswezen am vielleicht möglichen Siege gehindert wurden, wie will man es dann beantworten, einer so jungen und bis jetzt ohne Unterstützung doch so weit ganz gut fortgeschrittenen Organisation diese Zwangsjacke anzuhängen?

Was die Fluktuation, Mitgliederbewegung, anlangt, so wird ja Jeder gewiß bedauern, daß von 45,000 im letzten Jahre 41,000 wieder austraten, jedoch zeigt dies nur, daß die 41,000 eben noch nicht reif für unseren Verband waren und es kein Fehler ist, wenn wir sie vorläufig wieder los wurden, während es doch erregend ist, daß wir trotzdem um 4000 zunahmen. Möglich, daß die Ausgetretenen, wenn die obligatorische Unterstützung bestände, sie erst ausgemerkt hätten, oder daß sie gar Mitglieder geblieben wären und vorgezogen hätten, Jahr für Jahr die ihnen zustehende Summe zu erleben. Ob dies aber für den Bestand von Vorteil wäre, das steht auf einem anderen Blatt. Selbstredend muß unterjucht werden, ob und wie der Fluktuation ein Damm gesetzt werden könnte, ob vielleicht bestehende Mißstände energischer kritisiert werden müssen und ob vielleicht Qualitäten weniger vorzüglich aus dem Wege zu gehen sei (Arbeitsunfähigkeit).

Nun zu der Einsetzung von Dr. Jung-Offenburg. In dankenswerther Weise entwirft derselbe ein Bild der St. Gallener Arbeitslosenversicherung, um an deren Mängeln zu zeigen, wie dieselbe gar erst in Deutschland beschaffen sein würde, wenn sie hier erst eingeführt würde. Daß es hier, wenn überhaupt in noch schlimmerer Weise als in der freien Schweiz gehandhabt würde, ist kaum zu bestreiten, vorläufig aber ist Herr Sonnemann noch nicht Minister und — wird's auch nicht und im Uebrigen hütet man sich sehr, die Arbeitslosenfrage überhaupt anzuführen, einige süddeutsche Städte mit vorgeschrittenerer Vertretung abgesehen, da mit Erörterung dieser Frage die Unfähigkeit der bürgerlichen Gesellschaft, die von ihr herbeigerufenen Produktivkräfte zu beherrschen, so kraß zu Tage träte, daß unsere Bestrebungen, der verbesserten Technik entsprechend verkürzte Arbeitszeit, den besten Vorwand erhielten. Und wenn das Reich wirklich in beschleunigter Weise vorgehen wollte, könnten wir durch Einführung derselben in unserem Verband uns dem entziehen? Ich glaube kaum und das hieße doch den Teufel mit Belzebub austreiben. Wenn die Regierung auf so leichte Weise unsere Errungenschaften vernichten könnte, hätte sie es längst gethan.

Wenn dann mit Empfasse gesagt wird, es sei traurig, daß es Metallarbeiter gebe, die erklärten, höhere Beiträge nicht zahlen zu können, so hört sich dieser Appell an den Kastengeist sehr gut an, zeugt aber von geringem Verständnis. In meinem Artikel über diese Frage in Nr. 6 des Jahrganges 1897 habe ich diese Seite näher behandelt und empfehle Kollegen Jung, sich diese Ausführungen mal etwas genauer anzusehen, da ich keine Lust habe, das dort Gesagte nochmals zu wiederholen. Nur möchte ich die Motivierung meines damaligen und jetzt erneuten Antrages auf Urabstimmung über die so wichtige und in die Lebensinteressen des Verbandes einschneidende Frage in Erinnerung rufen, denn es ist doch undemokratisch, wenn die Delegierten glauben, weil sie jeder 500 Mitglieder vertreten, müßte sich auch in ihnen die Schlußheit jener 500 Mitglieder konzentrieren. Diese Urabstimmung müßte sich ebenso vollziehen, wie die Delegiertenwahlen.

Zum Schluß: Wer eine gedeihliche Fortentwicklung des Verbandes will, der stimme gegen die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung.

Dresden.

Alfred Scholz.

Bei den vielen Artikeln, die bis jetzt zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung geschrieben wurden, hat es mich gewundert, daß fast gar nicht auf zwei Punkte, die gegen die Einführung derselben vorgebracht werden, näher eingegangen wurde.

Es betrifft das erstens den Einwurf der Kleineren, angeblih in niedrigerem Lohnjah stehenden Orte, daß durch die Einführung die Existenz ihrer Zahlstellen in Frage käme, sowie die Einwendung: Wir würden durch Annahme der Arbeitslosenunterstützung die bürgerliche Gesellschaft von der Gefahr, die ihr durch die Reservearmee droht, befreien, was wenig zweckmäßig wäre.

Ueber den ersten Punkt möchte ich mich mit dem kurzen Hinweis hinbeglehen, daß es erstens ein Urding wäre, aus Rücksicht auf einzelne kleinere Orte Einrichtungen fallen zu lassen, die der Organisation bedeutende Vorteile bringen, ganz abgesehen davon, daß die Mitglieder mit niedrigen Löhnen sich in Bezug auf die Unterstützung im Verhältnis zum Lohne bedeutend besser stehen wie die Mitglieder, die höhere Löhne beziehen. Allerdings ist das Verhältnis in Bezug auf die Beitragsleistung ein umgekehrtes. Es muß aber trotzdem konstatirt werden, daß, während die Unterstützung für ein arbeitsloses Mitglied an einem größeren Orte mit theuren Lebensverhältnissen ein Pfahler bedeutet, das nicht best, die Mitglieder an kleineren Orten mit weniger theuren Lebensverhältnissen im Stande sind, sich in Folge der Unterstützung bei eintretender Arbeitslosigkeit eine Zeit lang durchzuschlagen. Die Vorteile sind also sicherlich die gleichen.

Der zweite Einwurf rührt daher, daß wir eine ganze Anzahl von Mitgliedern haben, die in dem falschen Glauben befangen sind, daß wir eine weitere Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft nur unter einer verneinten Verleumdung der großen Volksmassen zu erwarten hätten, eine Auffassung, die meiner Ansicht nach vollständig mit der Entwicklung im Widerspruch steht.

Selbst der Genosse H. Gurov, ein eifriger Gegner der Bernstein'schen Richtung und der sogenannten Kompensationspolitik, legt in seinem Artikel: „Zusammenbruchstheorie“, Neue Zeit 1898/99 Nr. 13, S. 402, den Satz, wo Marx von einer Krise des Gelds, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung und Ausbeutung spricht, so aus, daß Marx mit ihm nicht einen bloßen abhulenden Ausweg der wirtschaftlichen Grenzlage des Arbeiters versteht, sondern nur einen Ausweg seiner gesellschaftlichen Gesamtlage im Verhältnis zur fortschreitenden kulturellen Entwicklung, also im Verhältnis zur Zunahme der Produktivität und der Steigerung der allgemeinen Kulturbedürfnisse.

Wenn wir uns nun einmal unter diesen Gesichtspunkten die Frage vor, aus welchen Gründen wollen wir die Arbeitslosenunterstützung einführen, so würde die Antwort sicher nicht lauten: Um den Staat von der Gefahr der Reservearmee zu befreien, sondern wir werden uns einfach sagen müssen: Um die Mitglieder der Organisation im Kampfe gegen den Kapitalismus zu stärken oder mit anderen Worten: Die wirtschaftliche Existenz der Mitglieder im Verhältnis zur fortschreitenden Steigerung der allgemeinen Kulturbedürfnisse zu heben.

Wenn ich nun auch der Ansicht bin, daß unser Verband mit der Arbeitslosenunterstützung bei Vereinarbeit einer wirtschaftlichen Krise (die jederzeit in nicht allzuferner Zeit zu erwarten ist) einen schwereren Stand bekommen wird, so halte ich es doch ganz entschieden für unrichtig, wenn wir schon Angesichts der Möglichkeit eines kommenden wirtschaftlichen Niederganges die Hände in den Schooß legen und einfach nach Staatshilfe verlangen. Denn abgesehen davon, daß wir der Regierung an sich überhaupt keinen Vorwurf wegen dem Unterhand der Jaktoren, aus denen sie hervorgegangen, machen können, ist es doch vor allen Dingen unsere Pflicht, selbst so viel wie möglich die Gefahren abzuwenden, um eben durch eigene Stärkung einen Druck auf die Regierung auszuüben. Denn ich meine, die Behr, daß die wirtschaftliche Hebung des Proletariats nur sein Werk selbst sein kann und nicht das Werk einer Regierung, die eine Repräsentation der

besitzenden Klasse darstellt, müßte doch eigentlich Jeder begriffen haben.

Aus diesem Grunde ist es aber unsere Pflicht, Einwirkungen zu treffen, die eine Stärkung der Mitglieder im Kampfe gegen das Unternehmertum zum Zweck haben und eine solche Einrichtung würde meiner Ansicht nach auch die Arbeitslosenunterstützung sein.

Glensburg.

Karl Hoff.

Die kommende Generalversammlung wird sich mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung als Hauptpunkt zu befassen haben. Dazu will ich mir einige Bemerkungen betreffs Erhöhung der Beiträge um 10 % erlauben. Voraus bemerken will ich, daß ich selbst auf dem Boden der Erhöhung um 10 % stehe. Nachdem schon verschiedene Artikel und Korrespondenzen dahin lauteten, wir könnten in den kleineren Städten und Orten nicht oder nur wenig Fuß fassen, indem die Kollegen stets einwenden, die Beiträge seien zu hoch, so kann man in Folge des Antrags des Vorstandes, die Beiträge auf 30 % zu erhöhen, nur noch weniger an die Deputierten herantreten mit der Aufforderung, dem Verband beizutreten. Es ist ganz richtig, die Arbeitslosenunterstützung bietet uns genug Vorteile, nur wäre es daher in Anbetracht der Verhältnisse am Platze, die Beiträge nicht auf einmal so sehr zu erhöhen, indem sich doch der Vorstand selbst schon ausgesprochen hat, es gehe mit 5 % Erhöhung auch. Weiters, warum sollen bloß die männlichen Mitglieder herangezogen werden und nicht auch die weiblichen? Nach dem Antrage des Vorstandes werden sie ja herangezogen! (Neb.) Ebenso ist es unrichtig, daß erst nach 14 Tagen die erste Unterstützung gezahlt werden soll. Der Vorstand weiß es ja selbst, wie die Lage bei uns Allen mit wenig Ausnahmen ist: Man lebt von der Hand in den Mund, zum Sparen bleibt nichts übrig, und darum wäre es am Platze, die Unterstützung gleich mit dem ersten Tage zu bezahlen, denn dadurch wehren wir uns am besten vor Vorkudrücken. Die Hauptsache wird bei uns stets die Aufklärung bleiben, so lange die nicht vorhanden, werden wir mit dem ganzen Unterstützungswezen keinen dauernden Mitgliederstand zu verzeichnen haben.

Großschönau.

Verschiedenartig sind die Ansichten der Verbandsgenossen über die Arbeitslosenunterstützung. Wenn wir uns noch mehr um die Ansichten der Einzelnen herumstreiten wollen, so kommt die diesjährige Generalversammlung genau wie die vor 2 Jahren keinen Schritt weiter. Wer von den verheirateten Kollegen schon in einer Nothlage gewesen ist, wird wohl wissen, wie gut es thun würde, in arbeitsloser Zeit Unterstützung zu erhalten. In seinem Zielbewußtsein würde er dadurch nicht Schaden leiden, im Gegentheil. Denn arbeitslos und gänzlich mittellos sein, macht mühslos, während Rückenhalt den Muth der Genossen stärkt.

Wie geht es bei Streiks zu? Bei der Abstimmung ist fast Jeder für den Streik. Sieht er dann zu Hause Krankheit, Glend und Jammer in seiner Familie, so ist schon Mancher zum Streikbrecher geworden, oder er ist nach ungünstigem Verlauf aus dem Verbands ausgetreten. Wenn wir erst mit lauter Zielbewußtsein rechnen könnten, wenn die Laufende fernstehender Kollegen zur Einsicht gekommen wären, dann hätten wir vielleicht nicht nötig, uns um eine Arbeitslosenunterstützung herumzustreiten.

Eine dazwärtige Einrichtung ist also nöthig und muß gut ausgebaut werden, denn ohne Geld kein Kampf. Was würde es helfen, alle dagegen gemachten Einwände zu widerlegen? Man würde damit nur nutzlos die Zeitung füllen. Zur Kampfesorganisation gehört Geld und wieder Geld! Wer da meint, daß eine Unterstützungsstelle mit unseren Prinzipien nicht vereinbar sei, der hat jedenfalls noch immer in guten Verhältnissen gesteckt. Geld und wieder Geld müssen wir haben, und prinzipienfest müssen wir sein, dann ringen wir dem Unternehmertum die Macht ab. Die Bemerkungen in einem Berichte, daß die Arbeiter, wenn sie verheiratet sind, dem Verbands fernbleiben, ist zu bestätigen, darum ist eine Unterstützungsstelle als Bindemittel anzusehen.

Der Vorwurf aus Hannover betr. die „Beeinflussung“ seitens des Vorstandes ist nicht erheblich zu nennen, denn es wäre traurig, wenn sich Mitglieder beeinflussen ließen, wenn sie nicht selbst wüßten, was sie bei einer solchen wichtigen Frage zu thun und zu lassen hätten. Kollegen, tretet ein für eine Arbeitslosenunterstützung!

Schleiz.

Ernst Schuch.

Ich möchte zunächst auf einen Punkt aufmerksam machen. Im § 17 unseres Statuts heißt es, daß die Generalversammlung befugt ist, die Anordnung einer Urabstimmung bei einschneidenden Veränderungen für den Verband zu beschließen. Es bedarf wohl gar keiner Erörterung, daß die Arbeitslosenunterstützung eine sehr einschneidende Veränderung innerhalb des Verbandes darstellt. Wird die Arbeitslosenunterstützung auf der Generalversammlung angenommen, wobei ich überzeugt bin, so wird es eine ganze Anzahl von Mitgliedern geben, die da sagen: „Ja, die Herren auf der Generalversammlung beschließen und wir bezahlen.“ Wird aber die Arbeitslosenunterstützung von der Mehrheit der Mitglieder selbst in einer Urabstimmung angenommen, woran ich ebenfalls nicht zweifle, so wird sich einer solchen Entscheidung Jeder gern fügen.

Im Nr. 5 d. J. sagt Kollege Behle-Hannover, daß es „Eilige“ wegen der Erhöhung der Beiträge zu hant machen, indem sie 50 % vorschlagen. Nicht um Mitglieder abzujagen, habe ich das vorgeschlagen, sondern es ist mit völlig Ernst damit. Auch steht in derselben Nummer ein glänzender Beweis gleich neben den Ausführungen Behle's. Der Dänische Metallarbeiterverband nimmt 57 % und schließt dabei gut ab. Nehmen wir 50 %, so werden wir ebenso abschließen, die Wirtschaftskrisen gut überdauern und oben drein bei der Agitation nicht zu sparen brauchen, wie das jetzt der Fall ist. Es ist der Generalversammlung ein Antrag unterbreitet, der bezweckt, die Agitation in der Weise besser auszuführen, daß Deutschland in Ganc eingetheilt wird, denen je ein bejodelter Gauvorsitzender (Vertrauensmann) vorsteht. Wird der Antrag angenommen, was ich recht sehr erziehe, so kostet dessen Durchführung zuerst Geld, viel Geld. Es wird aber dann auch etwas geschaffen, was Niemand zu bereuen haben wird. Um nun dieses Geld zu erhalten, halte ich einen Beitrag von 30 % für zu niedrig. Ich stehe überhaupt nicht an zu erklären, daß es ein Fehler der Gewerk-

schaften ist, mit so niedrigen Beiträgen zu arbeiten. Der Antrag Nürnberg hätte 1895 angenommen werden sollen, dann ständen wir heute besser.

Bemerkten will ich noch, daß ich gegen die Arbeitslosenunterstützung bin, da aber die Mehrzahl der Mitglieder dafür ist, so halte ich eine Agitation dagegen für unangebracht. Ich persönlich bin der Meinung, daß die Arbeiter es nicht thun dürften, dem Unternehmertum eine gute Dienstverma- zu unterhalten.

Die Einführung des Vertrauensmännersystems sowie des Einkassiersystems würde uns gute Mitglieder bringen, aber freilich: das kostet Geld, und mit 20 J ist das schlecht zu machen. G. König, Hannover.

Eine Stimme aus der Oberlausitz. Mit Ausnahme von zwei oder drei Einwendungen aus kleinen Orten sind bis jetzt alle Einwendungen zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung geschrieben worden. Ich möchte den eifrigen Befürwortern aus den Großstädten einmal raten, ihre Arbeitskraft auf ein oder zwei Jahre hier bei uns in der Oberlausitz oder in Schleisien u. s. w. zu verkaufen, um die Lage der Metallarbeiter in den kleinen Orten und ländlichen Distrikten kennen zu lernen, sie würden dann bald eines Anderen befehrt werden. In Alt- und Neugersdorf, Böbau, Zittau u. s. w. ist der Durchschnittslohn eines Metallarbeiters 12, im Höchsthalle 15 M. In Orten, wo bloß immer eine oder zwei Fabriken vorhanden sind, muß der verheirathete Arbeiter viel über sich ergehen lassen, um nicht arbeitslos zu werden oder er ist gezwungen, einen andern Erwerb zu suchen, wenn er nicht an einen weitentfernten Ort fort will. Letzteres ist aber mit großen Unzulänglichkeiten verbunden; das betreffende Mitglied kann aber bloß eine Unterstützung nach § 2c des Verbandsstatuts beanspruchen. Die Unterstützung, welche der Vorstand bei Arbeitslosigkeit vorzieht, nach 52 Wochen 6, nach 104 Wochen 7 M., reicht bei weitem nicht aus, um nur das Nothdürftigste zum Leben zu ermöglichen. Man ist also ev. gezwungen, sich sofort anderweitig um Arbeit zu bemühen. Wenn aber dann gesagt ist, daß 25 J (z. B. E. P.-Berlin) bei 2jähriger Karenzzeit ausreichen, um 10 M pro Woche Unterstützung zu geben, so ist das einfach nicht wahr. E. P. rechnet 6 Proz. Arbeitslose, bedenkt aber dabei nicht, daß dieses wohl auf ein oder zwei Jahre geht. Jetzt haben wir eine günstige Geschäftszeit, aber wo soll es denn hin in der Krisis, der wir entgegen gehen, wie hoch wird da der Prozentsatz Arbeitsloser werden? — Hier gehören von 400—450 Metallarbeitern 174 dem Verbands an, also 40 Prozent. An diesem Bau haben wir 6 Jahre gearbeitet, die Steine mühsam zusammen getragen; ginge die obligatorische Arbeitslosenunterstützung durch, dann haben wir eine Ruine vor uns stehen. Welche Erbitterung der Antrag hervorgerufen hat, das zeigte ganz deutlich unsere letzte Versammlung. Wie oft bekommt man jetzt von Kollegen die Antwort: ja so gerne wie ich bei Euch wäre und in Euren Reihen kämpfte — aber leider bin ich finanziell nicht so gestellt, um dieses Opfer zu erschwingen. Da erinnere ich mich an die Worte des Genossen Segitz, die er auf der letzten Generalversammlung zu Braunschweig sagte: Eine Arbeiteraristokratie will auch ich nicht durch die Gewerkschaften heranzubilden, aber jenen Arbeitern, welche die Woche 8—10 M verdienen, können wir unsere gewerkschaftlichen Einrichtungen nicht anpassen, wenn wir selbst unsere Lebenshaltung auf dem gegenwärtigen Niveau erhalten, resp. sie erhöhen wollen. Jene gering bezahlten Arbeiter können wir nicht gewinnen, wenn wir den Beitrag auf 5 J die Woche herabsetzen. Die besserstehenden Arbeiter müssen für jene Schichten die Kosten des Kampfes mittragen. Hierin kann ich dem Genossen Segitz nicht zustimmen, wir wollen gar nicht von 8—10 M reden, aber ist denn derjenige im Stande, 30 J zu zahlen, der vielleicht 12 M verdient? Ich sage: nein! Wir müssen die Organisation den Verhältnissen anzupassen versuchen. Ich bin kein prinzipieller Gegner der Arbeitslosenunterstützung, wohl aber prinzipieller Gegner der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung. Man kann das Unterstützungsweisen fördern, aber den Verhältnissen anpassen. In Oesterreich wurde im vorigen Jahre auf dem Metallarbeiterverbandstage beschlossen, die Beiträge zu erhöhen: 30 J 1. Klasse, 20 J 11. Klasse mit Arbeitslosenunterstützung, und 11. Klasse 10 J ohne Arbeitslosenunterstützung. Was in Oesterreich durchführbar ist, muß es bei uns erst recht sein. Dem Uebel des steten Mitgliederwechsels würde auch dadurch abgeholfen, wenn überall derartige Einrichtungen getroffen würden, wie in Brandenburg und Pommern durch Anstellung besoldeter Vertrauensleute, die mit den Kollegen in den kleinen Zahlstellen in steter Fühlung stehen. Darum prüfe jeder Delegirte, der dazu berufen, seine Stimme auf der Generalversammlung abzugeben, genau, um beiden Theilen gerecht zu werden. Zerplittert man nicht die eigenen Reihen durch die obligatorische Einführung der Arbeitslosenunterstützung in demselben Augenblick, wo uns Zuchtstau- und Knebelungsgeetze drohen, sondern kräftige und stärke man den Verband zum Wohle der gesammten Metallarbeiterschaft, was aber nicht durch Einführung der obligatorischen Arbeitslosenunterstützung geschieht. Alt- u. Neugersdorf. H. K.

Arbeitslosenunterstützung! lautet augenblicklich die Parole in unserem Verbands. Dürfen wir glauben, durch Einführung derselben unsere Organisation stark zu machen, daß wir dem Unternehmertum insolge des Zustromens neuer Mitglieder gewachsen sein werden? Die vereinigten Kapitalisten sind uns schon heute überlegen. Durch bloße Bereinigung gegen Maßregelung, schlechte Behandlung, allzu lange Arbeitszeit, geringe Bezahlung und Arbeitslosigkeit werden wir wohl kaum einen Schritt unsemr gemeinsamen Ziel, dem Sozialismus, näher kommen, da solche Vereinigungen einzig nur den Zweck haben können, unsere momentanen Verhältnisse zu erhalten. Vielleicht gewähren sie auch dem Einen oder dem Andern eine kleine Besserung. Führen wir jetzt die Arbeitslosenunterstützung ein, so werden wir in wenigen Jahren einsehen müssen, daß sie uns noch gar nicht genügen kann. Die wirtschaftliche Entwicklung wird uns lehren, durchschlagendere Mittel anzunehmen. Kollege H. Jung hat recht, wenn er meint, dem Reichstage könne eine Vorlage zugehen, die Zwangsversicherung mit polizeilichem Arbeitsnachweis fordert. Daß eine solche Vorlage später kommen wird, glaube ich sicher, deshalb thun wir den einen Schritt zur Selbsthilfe, sie wird uns dienlicher

sein als die Zwangs-Staatshilfe. Es wird, dieser Meinung bin ich wenigstens, bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung die Arbeitererschaft nicht stehen bleiben können, sie wird später Krankenunterstützung, Regelung der Konjunktion und Produktion in Erwägung ziehen müssen. Allmählich wird man sich der wirtschaftlichen Macht intensiver bedienen und damit eine Arbeiterwelt bauen, die nicht nur Produkte erzeugt, sondern an allen Kulturverrichtungen regen Antheil als bisher nimmt.

Mit dem Vorschlage des Vorstandes kann nach meiner Ansicht die Durchführung am erfolgreichsten sein. Nur eins vermisse ich, das ist die Regelung der Wanderunterstützung. Sollen die reisenden Kollegen Arbeitslosenunterstützung oder Wanderunterstützung erhalten? Das Letztere halte ich für eine Ungerechtigkeit, obwohl bis jetzt dieselbe Ungerechtigkeit den sehnsüchtigen Kollegen gegenüber beliebt war.

Um nun Kollegen, die strikte gegen die Arbeitslosenunterstützung sind, durch Einführung derselben nicht von uns zu stoßen oder ihnen zwangsweise Verpflichtungen aufzuerlegen, die ihnen unangenehm sind und somit ein gezieltes Zusammenarbeiten im Verbands leicht unmöglich machen, empfehle ich, daß das Verhältnis für solche Kollegen, die sich nicht gegen Arbeitslosigkeit versichern wollen, so bestehen bleibt wie es jetzt ist; dagegen diejenigen, welche sich versichern wollen, die entsprechenden Verpflichtungen annehmen.

Manchem wird das nicht entsprechen, aber warum sollen wir uns nicht nach Möglichkeit entgegenkommen?! Berlin. F. Sch.

Erwiderung.

Der Kollege Dejung-Frankfurt a. M. beschäftigt sich in seinem ellenlangen Elaborat auch mit der Stellung der Berliner Kollegen. Dabei passiert ihm nun das Unglück, daß er über Dinge schreibt, die er nicht kennt, denn anders sind seine Behauptungen und Interpretationen über den jetzigen der Berliner Kollegen gestellten Antrag, die Extrabeiträge betreffend, gar nicht zu erklären. Der von uns gestellte Antrag, dem § 4 den Passus beizufügen: „Zur Deckung außerordentlicher örtlicher Ausgaben können die Verwaltungsstellen Extrabeiträge erheben“, ist direkt durch die spezifischen Berliner Verhältnisse veranlaßt und in seiner Wirkung auch nur für Berlin gedacht. Gerade deshalb haben wir auch keine Veranlassung genommen, diesen Antrag in der „Metallarbeiterzeitung“ zu begründen, weil wir der Ueberzeugung waren, daß Maßnahmen, welche wir für Berlin zu treffen nothwendig halten, die übrigen Kollegen im Reich wenig interessieren dürften. Kein Mensch in Berlin hat daran gedacht, daß die „kleinen Verwaltungsstellen“, die mit ihren 25 Prozent nicht auskommen, Extrabeiträge erheben sollten. Diese Idee war dem Kollegen Dejung vorbehalten.

Extrabeiträge werden von den Berliner Kollegen bereits seit 1890 erhoben und zwar durch den Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter, dem eine Anzahl Bezirks- sowie Branchenvertrauensmänner zur Seite stehen. Da dieses System zu einer Reihe von Unzulänglichkeiten geführt hat, wird seitens der Mehrzahl der Berliner Kollegen eine Aenderung dahingehend angestrebt, daß das System der öffentlichen Vertrauensleute beseitigt wird und die Extrabeiträge durch die Organisation selbst erhoben werden sollen.

Wird diese Aenderung durchgeführt, so soll jedoch auch noch ein weiterer Mangel beseitigt werden. Bis jetzt waren die Extrabeiträge freiwillige, das heißt, wir konnten nur einen moralischen Druck auf die Kollegen ausüben. Hunderte und Tausende drückten sich zeitweilig oder ständig von der Zahlung dieser Extrabeiträge, weshalb letztere häufig ziemlich hoch angelegt werden mußten, um die erforderlichen Mittel aufbringen zu können. Dabei hatten die „Drückberger“ dieselben Rechte in der Organisation wie die zahlenden Mitglieder. Unser Antrag bezweckt, jedes Mitglied der Berliner Verwaltungsstelle zur Leistung der Extrabeiträge heranzuziehen zu können, hierdurch die Kosten gerechter zu vertheilen und durch die Heranziehung bisher säumiger Mitglieder den Extrabeitrag ermäßigen zu können. Der ganze Antrag läuft also nur darauf hinaus, eine Aenderung in der Einziehung der Extrabeiträge herbeizuführen, eine Aenderung, die, wie Eingangs bereits erwähnt, die Kollegen außerhalb Berlins an sich gar nicht berührt.

Nur um zu verhüten, daß ähnlich wie Dejung noch weitere Kollegen mit der Stange im Nebel herumfuchteln, habe ich mich hier auf eine Erklärung unseres Antrages eingelassen. Der Platz, unseren Antrag zu begründen, ist die Generalversammlung. Sollte diese, wider Erwarten, unseren Antrag ablehnen, so werden die Berliner Kollegen auf andere Weise Ersatz schaffen müssen.

Der Kollege Dejung reitet ferner auf den 75 Prozent herum, welche die Verwaltungsstelle Berlin angeblich für sich haben muß. Als Vorsitzender des Ausschusses mußte Dejung wissen, daß Berlin thatsächlich nur ca. 50 Prozent für sich behält. Wenn aber die Verwaltungsstelle Berlin, dem Wunsche Dejungs entsprechend, wie alle anderen Verwaltungsstellen abrechnen soll, dann bedarf Berlin erst recht der Extrabeiträge; ein Grund mehr für unsern Antrag.

Mehr als naiv ist es, zu fordern, die Berliner hätten den Nutzen der Arbeitslosenunterstützung nachweisen sollen, ohne daß die Bewegung an und für sich darunter leidet. Meint Dejung vielleicht, die Berliner hätten mit einer Lokalen Arbeitslosenunterstützung „Beweise“ liefern können? Dann überzieht Dejung allerdings gänzlich, daß die Berliner Kollegen klüger gehandelt haben, die weit mehr Erfolg und Vortheil versprechende Durchführung der Arbeitslosenunterstützung im Gesamtverband anzubahnen zu helfen, statt sich auf Experimente einzulassen.

Meint Dejung etwas Anderes, dann wäre klarere Ausdrucksweise wohl angebracht gewesen.

Dejung beschwert sich ferner, daß „viele in Braunschweig gemachte Verprechungen nicht eingetroffen sind“. Den Beweis dafür bleibt Dejung natürlich auch hier schuldig. Oder ist das kein Beweis, daß er fortfährt, „aus Saulusen sind Paulusen geworden“? Ich möchte nicht, daß die Berliner Kollegen in Braunschweig die Verpflichtung eingegangen seien, nichts hinzuzulernen, die einmal vorgefaßte Meinung verteidern zu lassen und sich jeder besseren Einsicht zu verschließen. Im Gegentheil dürften die Kollegen nicht die schlechtesten sein, welche sich auf die Hosen setzen und lernen um ihr Wissen zu bereichern. Mancher lernt's freilich nie! Berlin. Otto Rätzer.

Konferenzen von Verwaltungsstellen des D. M.-V.

Bielefeld. Die Konferenz der Verwaltungsstellen Westfalens fand am 15. Januar hier im Lokale des Herrn Kahl statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Agitationskomitees. Berichterstatter: Hr. Bunte. 2. Bericht der Delegirten. 3. Agitation und Organisation. Referent: Mohrlack-Berlin. 4. Arbeitslosenunterstützung. Referent: Mohrlack-Berlin. 5. Anträge zur Generalversammlung. 6. Wahl des Sitzes des Agitationskomitees. 7. Verschiedenes. — Nachdem der Arbeitergesangsverein „Solidarität“ einige Begrüßungslieder vorgetragen, eröffnete Genosse Bunte die Konferenz. Ins Bureau werden gewählt: Bunte und Biehler-Bielefeld zu Vorsitzenden, Herleb-Bielefeld und Düren-Münster zu Schriftführern.

Zum ersten Punkt führt Kollege Bunte aus: In der Zeit vom 15. Januar 1898 bis zum 10. Januar 1899 gingen beim Komitee ein 15 Karten und 12 Briefe. Aus gingen 18 Karten und 39 Briefe. Sitzungen hielt das Komitee im Laufe des Jahres 23 ab, 3/4 Tausend Fragebogen wurden an die Kollegen vertheilt, wovon nur 300 beantwortet zurückgegeben wurden, also ein Beweis, daß die Bielefelder Metallarbeiter den Werth einer guten Statistik noch nicht erkannt haben. Das Komitee hat Redner zu 19 Versammlungen entsandt. Konferenzen wurden vom Komitee 2 besücht und zwar die des Niederrheinischen Agitationsbezirktes in Remscheid durch Bunte und die des Ruhrkohlengebietes in Bochum durch Herleb. Kollege Biehler wurde zwecks Anknüpfungen resp. Errichtung einer Filiale in Hamm entsandt, was bisher resultatlos geblieben ist. Wegen Lohnfreitigkeiten wurde das Komitee diermal in Anspruch genommen: von den Arbeitern der Firma Lepper u. Osterwald, August Göttsche, Hengstenberg u. Co. und Koch u. Co.; wegen Ueberstunden zweimal: von den Arbeitern der Firma Solmann und Koch u. Co. Streiks fanden im Berichtsjahr 2 statt; der erste war der Schleiferstreik bei der Firma Hengstenberg u. Co., der zweite der Formereistreik bei der Firma Wilh. Kramer. Bezirksversammlungen wurden fünf veranstaltet, welche alle schlecht besucht waren, so daß von weiterem Abhalten von Versammlungen Abstand genommen wurde. Sodann ist es dem Komitee gelungen, eine Filiale in Bünde neu zu gründen, welche jetzt ungefähr 36 Mitglieder zählt. Auch in Gütersloh fanden zu demselben Zwecke 2 Besprechungen statt, es wurden auch 6 Mitglieder gewonnen. Im Juni wurde ein Arbeitsnachweis der Metallarbeiter für Bielefeld und Umgegend ins Leben gerufen, der wohl noch nicht von allen, aber doch von einem Theil der Arbeitgeber, besonders von den Schmiede- und Klempnermeistern, benutzt wird; selbstverständlich bedarf es noch einer regen Agitation, um der Institution die nöthige Achtung zu verschaffen.

Der Kassenbestand betrug am 15. Januar 1898 11,25 M., die Einnahmen im Geschäftsjahr waren 130,10 M für verkaufte Agitationsmarken, 1301 Stück à 10 J. Von der Sektion der Feilenhauer wurden als Quartalsbeitrag für das 2. und 3. Quartal abgeführt 7 M., von der Sektion der Formier für das 2., 3. und 4. Quartal 20 M., allgemeine Sektion 2., 3. und 4. Quartal 53,98 M., Sektion der Schleifer 2. und 3. Quartal 16 M., Summa 238,33 M. Ausgaben für Agitation 83,10 M, Inserate, Porto und Schreibmaterial 61,12 M, Summa 136,72 M. Kassenbestand am 10. Januar 1899 94,11 M.

Aus den Berichten der einzelnen Delegirten geht hervor, daß die Organisationsverhältnisse der Metallarbeiter Westfalens noch sehr im Argen liegen und es noch einer Mienenarbeit bedarf, um die Kollegen dieses Bezirks aus ihrem Indifferentismus aufzurütteln und der Organisation zuzuführen. Besonders gilt dies von den Metallarbeitern des Ruhrgebietes.

Zum 3. Punkt macht Mohrlack-Berlin praktische Vorschläge, wie die Agitation am wirksamsten zu betreiben sei. Er empfiehlt, keine Agitationskommission zu wählen, sondern einen besoldeten Vertrauensmann einzusetzen; diesem würde der schwerfällige Apparat einer Kommission in seiner Thätigkeit nur hinderlich sein. Er befragt den Antrag Bielefeld, wonach die örtlichen Verwaltungen 5 Prozent ihrer Einnahme an das Agitationskomitee abzuführen haben, bekräftigt aber, daß auch dann die Mittel zu einer intensiven Agitation noch nicht ausreichen werden. Redner wendet sich gegen jegliche Extrasteuer (mit Ausnahme der Waimarken) und empfiehlt, falls die Mittel zur Agitation nicht reichen, Zuschüsse vom Vorstand zu fordern. Empfiehlt folgende Resolution: „Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wolle, falls die nächste Generalversammlung beschließt, besoldete Vertrauensmänner einzusetzen, auch für Westfalen einen solchen einstellen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. — Es tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-sitzung. Bunte eröffnet um 2 Uhr die Sitzung. Zunächst erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht. Es sind demnach anwesend 21 Delegirte, die 7 Orte vertreten, Bielefeld mit 12, Bünde mit 1, Münster mit 1, Herford 1, Pagen 1, Minden 2 und Schildesche mit 3 Delegirten. Der Nachbarort Brakwede war leider nicht vertreten. Die Diskussion über Punkt 3 wird fortgesetzt. Düren-Münster wendet sich gegen den Antrag Bielefeld, wonach die Prozente der örtlichen Verwaltungen von 25 auf 20 Prozent herabgesetzt werden sollen. Es sprechen noch Rose-Bielefeld für, Deppa-Bielefeld und Schwabe-Herford gegen Weiterführung von Extramarken. Es wird beschlossen, dieselben abzuschießen. Der Antrag Bielefeld: „Die Konferenz wolle beschließen, daß die Verwaltungsstellen, welche sich dem Agitationskomitee anschließen, 5 Prozent von ihren Einnahmen alle Quartale an das Agitationskomitee abzuführen haben“ — wurde angenommen.

Zum 4. Punkt referirt Mohrlack-Berlin. Redner ist überzeugt, daß durch Einführung der Unterstützung die Situation beseitigt, der Mitgliederbestand stabiler werden wird. Tritt der Ansicht, daß der Verband durch die Erhöhung des Beitrags bedeutend an Mitgliedern verlieren wird, entgegen und weist nach, daß bislang noch jede Erhöhung des Beitrags eine Kräftigung des Verbandes zur Folge hatte. — Düren-Münster wendet sich gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Fürchtet, daß durch die damit verbundene Beitragserhöhung eine Anzahl kleiner Verwaltungsstellen in Frage gestellt würden. — Kramer-Pagen polemisiert eben-

falls gegen die Unterstutzung und jegliche Erhöhung der Beiträge. Medner empfiehlt, den § 2c des Statuts (Unterstützung in Nothfällen) zu erweitern. Die namentliche Abstimmung ergibt 18 Stimmen für und 3 Stimmen gegen Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Dagegen stimmen Serford, Münster und Hagen.

Ein Antrag Serleb, die Generalversammlung wolle beschließen, einen Zentralarbeitsnachweis, gleich dem der Feilenarbeiter, auch für Formner und Klempner einzuführen, wurde einstimmig angenommen.

Zum Sitz des Agitationskomitees wurde wiederum Diefeld gewählt.

Bunte schließt um 5 1/2 Uhr mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband die Konferenz.

Breslau, 15. Jan. Die vierte Konferenz der Bezirke Schlesien und Posen fand heute Sonntag in Zabel's Restaurant statt. Vertreten waren die Orte Posen, Grünberg, Görlitz, Schweidnitz, Freiburg, Neusalz a. O., Bunzlau durch je einen, Liegnitz durch zwei und Breslau durch fünf Delegierte. Außerdem wohnten den Verhandlungen ein Delegierter der Klempnersektion Görlitz und fünf der gleichen Sektion in Breslau, die Agitationskommission und ein Bevollmächtigter des Hauptverbandes bei. Das Bureau wurde zusammengesetzt aus den Kollegen Schütz-Breslau, Sülze-Schweidnitz und Döring-Liegnitz.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Hoffmann-Breslau den Bericht der Agitationskommission, welchem zu entnehmen ist, daß die Bemühungen, neue Zahlstellen des Verbandes zu gründen, in Schweidnitz und Silesien von Erfolg waren. Diese beiden neugegründeten Filialen weisen auch ein ständiges Wachstum auf. Die Abrechnung der Agitationskommission ergab eine Einnahme von 187,65 M. und eine Ausgabe von 135,15 M. Es verbleibt sonach ein Bestand von 52,50 M. An den Bericht schloß sich eine Diskussion, in welcher eine noch lebhaftere Agitation verlangt und sodann die Agitationskommission entlastet wurde.

Sodann gaben die einzelnen Vertreter ihren Situationsbericht aus den verschiedenen Orten. Aus Freiburg wird berichtet, daß dort von 900-1000 Metallarbeitern nur 19 dem Verbands angehören und beträgt der durchschnittliche Stundenlohn dort 20-30 J bei zehnstündiger Arbeitszeit. In Görlitz gehören dem Verbands 226 Metallarbeiter und 27 Klempner von 4000 Beschäftigten an. Hier herrscht noch die elfstündige Arbeitszeit neben einem Stundenlohn von 20-25, vereinzelt 30 J. Grünberg hat 1500 Angehörige des Berufs, davon 68 organisierte. In Bunzlau sind von 300 Beschäftigten 25 organisiert. Die Hirsch-Dumder'schen Gewerksvereine besitzen in Neusalz a. O. noch die Oberhand, deshalb sind beim Verbands nur 28 Metallarbeiter von 2000 Beschäftigten. Liegnitz hat in seinen Wävern 400 Metallarbeiter, wovon 70 der dortigen Verbandsfiliale angehören. Die Löhne sind die gleichen wie in Görlitz, auch die elfstündige Arbeitszeit ist hier vorherrschend. Auch in Schweidnitz herrschen noch sehr schlechte Verhältnisse, besonders bei den Handwerksmeistern sinken die Löhne bis auf 15 J herab. Etwas besser steht es in den Fabriken. Organisiert sind von 1000-1500 Berufsangehörigen nur 89. Aus Breslau wird mitgeteilt, daß von 10.000 Arbeitern des Berufs 500 bis 600 Mann organisiert sind. In Posen gehören nur 40 Arbeiter dem Metallarbeiterverbande an, das ist der fünfzigste Theil der im Berufe Thätigen. Die Löhne betragen 7 bis 21 M. Oft wird noch 14 Stunden täglich gearbeitet.

Nach der Mittagspause wurde in die Beratung der Anträge zur Generalversammlung in Halle eingetreten. Angenommen wurden nach längerer Beratung der Antrag Posen: „Statuten in polnischer Sprache herzustellen“ und der Antrag Breslau: „Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung von einer Urabstimmung abhängig zu machen.“ Abgelehnt wurde dagegen der Antrag, die Generalversammlung alle 3 Jahre stattfinden zu lassen. Ueber den Bericht der Arbeitslosenunterstützung entspann sich eine mehrstündige Debatte, deren Ergebnis in folgender Resolution, die mit 13 gegen 10 Stimmen zur Annahme gelangte, Ausdruck fand: „Die vierte Konferenz für Schlesien und Posen des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärt sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden. Sie erblickt in derselben ein vorzügliches Mittel für die Gewinnung neuer Mitglieder. Dergleichen erkennt sie in der Einführung derselben einen Satz für den Bestand sämtlicher Zahlstellen.“

In namentlicher Abstimmung stimmten neun Delegierte für Erhöhung der Beiträge um 10 J, sechs Delegierte für Erhöhung um 5 J, acht Delegierte enthalten sich der Abstimmung.

Um 8 1/2 Uhr Abends wurde die Konferenz geschlossen. Den Versammlungsort der nächsten Konferenz festzusetzen wird der Agitationskommission übertragen.

Rassenbericht der Agitationskommission für Schlesien und Posen.

Beiträge der Verwaltungskstellen. III. Quartal 1897: Breslau, Allgemeine 8,50, Freiburg 2,25, Grünberg 1,90, Neusalz 1,10, Görlitz 8, Bunzlau 0,95, Hagenau 1,10; IV. Quartal 1897: Breslau, Allgemein. 12,50, Freiburg 2,25, Grünberg 2,10, Neusalz 0,90, Görlitz 8, Bunzlau 1,20, Hagenau 2, Siegnitz 2, Hirschberg 1,65; I. Quartal 1898: Breslau, Allgemein. 12,50, Freiburg 2, Grünberg 2,25, Neusalz 1, Bunzlau 1,25, Hagenau 1,15, Siegnitz 3, Hirschberg 1,65; II. Quartal 1898: Breslau, Allgemein. 14, Freiburg 1,50, Neusalz 1, Hagenau 1,15, Siegnitz 3, Bunzlau 1,25; III. Quartal 1898: Breslau, Allgemein. 14, Freiburg 1,50, Neusalz 1, Hagenau 1,15, Siegnitz 3, Bunzlau 1,25; IV. Quartal 1898: Freiburg 1,10, Neusalz 0,80, Bunzlau 1,25; sonstige Einnahmen: Breslau, für freiwillige Marken 35,30, öffentliche Versammlung in Breslau 22,60. Sa. 187,65.

Ausgaben: 1 Sammelheft 2,50, Schreibmaterial 2,60, Porto, Postgebühren 9,93, Versammlungen, Befehle und Bescheide 30,80, An das Gewerkschaftsblatt Breslau für die Gewerkschaftswahlen 20, 2000 Marken zu freiwilligen Beiträgen 5,10, Entschädigung für die Sitzungen der Agitationskommission 7,12, 1 Karte von Schlesien 1, 100 Fragebogen zur Sozialstatistik in Breslau 6,10. Sa.: 135,15.

Bilance. Einnahmen M 187,65 Ausgaben M 135,15 Reinerbestand am 31. Dez. 1898 M 52,50

L a u d h a m m e r.

Auch ohne Zuchtengesetz geht der Kampf um die Existenz der Organisation! Das mögen die Kollegen aus folgenden Thatfachen ersehen. Es ist durch unsere früheren Korrespondenzen und durch den Bericht des Vertrauensmannes für Brandenburg und Pommern genügend bekannt, daß seit etwa 1 1/2 Jahren hier die ersten Versuche zur Gründung der Organisation gemacht wurden. Es ist auch bekannt, daß der Erfolg ein überraschend guter war, denn unsere Mitgliederzahl war schon auf über 500 gestiegen. Kein Wunder, denn die elenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse, verbunden mit einer Lebensführung, wie sie nur der Arbeiter der ländlichen Industrie kennt, hatten längst das Verlangen nach Verbesserung geweckt.

Und doch, ein „Wunder“ passierte: Der Herr Direktor Hallbauer erklärte, Niemand wegen der Zugehörigkeit zur Organisation maßregeln zu wollen. Es standen uns Säle zur Verfügung, wir konnten lebhaft Agitation betreiben! — Aber ach, dieser paradiesisch-schöne Zustand sollte nicht lange dauern. Ob nun Herr Direktor Hallbauer das Wort, das seinen Lippen entflohen, ja das er sogar zu Papier brachte, leid thut, ob er selbst der „treibende Keil“ ist, oder ob irgend ein oder einige Beamte mit oder ohne Uniformen gegen den Willen des Herrn Direktors handeln — kurz, die Herrlichkeit der Bewegungsfreiheit hat ein Ende! Schlimmer als im schönen Königreich Sachsen mit seinem „Juwel“ von Vereinsgesetz geht es uns jetzt. Uns braucht die Behörde keine Schwierigkeiten mehr zu machen, bei uns ist Alles erledigt, erdrückt, was man Bewegungsfreiheit nennt. Zur Illustration die einzige Thatfache: Zu keiner Versammlung irgend welcher Art, auch zu keiner Zusammenkunft bekommen wir in irgend einem Dorfe ein Lokal. Nicht nur, daß wir keine öffentlichen, keine Mitgliederversammlungen mehr abhalten können, nein: noch nicht einmal die Wahl unseres Delegierten zur Generalversammlung können wir in einem Lokal vornehmen. Es muß (wie bei der Reichstagswahl) von Morgens bis Abends in der Wohnung des Bevollmächtigten eine Urne aufgestellt werden, dort muß jedes Mitglied hinfommen und wählen! Dieser Zustand steht als einzig in ganz Deutschland da!

Man bedenke aber auch die Gefahr für den Kapitalismus: Das ländliche Industrie-Proletariat ist erwacht! Nun soll es „mit Gewalt“ wieder eingeschlafert werden!

Aber die Herren haben die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Wir werden hier Maßnahmen ergreifen, um dieses schändlichste aller Attentate auf die Koalitionsfreiheit zu schanden zu machen! — Koalitionsfreiheit! — ist es nicht der reine Hohn, davon in dem Deutschland zu reden, wo solche Dinge möglich sind?

Wer nun aber eigentlich „schuld“ an diesem Zustande ist, das ist nicht zu entscheiden. Die einen rufen: der Landrath, die anderen: die Gemeindevorsteher, die dritten: der Herr Direktor, die vierten: die Beamten von Landchammer, die letzten endlich sagen: „der Polizeier“. — Wer hat Recht?? Aber nun ein ernstes Wort an die Kollegen! Seht Ihr denn nun nicht ein, wohin wir treiben? Seht Ihr nun noch nicht, daß jetzt mehr denn je es nöthig ist, dem Verband beizutreten? Die Direktion weiß, sie kann uns unsere berechtigten Forderungen nicht abschlagen, so lange wir geschlossen und einig dastehen! Unsere Einigkeit zu zerstören, unsere Geschlossenheit zu brechen, zu dem Zweck treibt man uns alle Lokale ab, zu diesem Zweck zertritt man uns!

Darum, Kollegen, wacht auf, laßt Euch durch Nichts abhalten, dem Verband beizutreten, geht geschlossen vor. Vor allen Dingen tragt denjenigen Wirth kein Geld an, der Euch kein Saal mehr hin, welche die Säle verweigern. Es gibt Saalstätten ohne Saal, dort verkehrt, dort deckt Euren Bedarf, so lange bis entweder ein Wirth seinen Saal hergibt oder wir auf andere Weise uns selbst geholfen haben!

Kollegen! Schon jetzt bemüht man sich, Formner von auferth zu holen, man hat in der Kaserne in Dresden, zur Zeit als die Soldaten entlassen wurden, einen Auszug angebracht und 3 M 50 J Mindestlohn versprochen — ohne Wort damit zu halten. Man hat die Meister um Formner auf die Suche geschickt nach Ludwigshafen, Ludwigsburg, Mannheim und so weiter! Bedenkt endlich Kollegen, was sonst noch Alles passiert ist: Man jagt nicht nur Leute aus zum Anwerben von Formnern, sondern jagt per Kopf eine Belohnung von 3 Mark aus! Wie Friedrich der Große Soldaten kaufte, so will Landchammer Formner kaufen!

Begreift Ihr jetzt noch nicht, daß man unsere Organisation zerstören will? Begreift Ihr nicht, weshalb A b man sie zerstören will? Um jene elenden Zustände aufrecht erhalten zu können, um jeder Verbesserung entgegenzutreten, zum Nutzen des Geldsackes, zum Schaden für Euch Alle! Darum gibt es nur eine Antwort: Alle Mann hinein in die Organisation, jeder Kollege fordere noch einen andern auf, dem Metallarbeiterverband beizutreten. Stärkt unsere Reihen, und der Sieg in diesem Kampf muß unser sein!

Wies gemacht wird.

Auch in Preußen b. Elsterwerda muß man nun, den Beispielen von Landchammer und Soemig folgend, dem Vordringen des D. M. V. durch Lokaltreibern Hindernisse in den Weg zu legen. Die junge Verwaltungsjelle, die Mitte des verflohenen Jahres in Preußen gegründet wurde, erfreute sich eines außerordentlichen Wachstums. Versammlung auf Versammlung fand statt und der Mitgliederstand ist auf 350 angewachsen. Es fand auch die Vorbereitungen zum Gebehen einer Organisation dort gegeben.

Die Seite sind in den zu den Landchammer'schen gehörigen Werken in Görlitz beschäftigt, die Löhne u. j. w. lassen dort vieles zu wünschen übrig. Hauptächlich der Lohnmangel ist ein Ausbeutungssystem eigener Art und besteht in dieser Form in sämtlichen Landchammerwerken. Jeder dort in Arbeit tretende Arbeiter erhält die ersten 14 Tage keinen Lohn ausbezahlt, es bleibt der Verdienst dieser Zeit stehen, und wenn der Arbeiter 20 Jahre dort beschäf-

tigt ist. Das in Folge der tausende dort beschäftigten Arbeiter zur Riesensumme anwachsende Kapital bleibt zur freien Verfügung in dem Unternehmen, und ist hierin gewiß sehr praktisch und zinstragend aufgehoben.

Nach diesen ersten 14 Tagen gibt es in den nachfolgenden einen kleinen, das Verdiente lange nicht erreichenden, Vorschuß und erst alle 4-5 Wochen ist endgiltige Abkündung. Was durch ein derartiges System für Mehrwerth erzielt wird, außer der direkten Ausnutzung der Arbeitskraft der Arbeiter, ist leicht zu ersehen. Daß die Kritik dieser und anderer Mißstände der Direktion nicht angenehm war, ist erklärlich. Man konnte aber gegen die Organisation nicht ankämpfen, da man nirgends eine Handhabe fand, indem Alles in Ruhe und Frieden seinen Gang ging. Die Organisation wuchs von Woche zu Woche und damit auch der Groll gegen dieselbe; der Feldzug mußte gegen sie eröffnet werden.

Dies geschah auch in echt strategischer Weise. Man schickte den Preussener Militärverein zuerst dagegen ins Feuer. Eine Anzahl unserer Mitglieder gehören auch dem dortigen Militärverein als Mitglied an. Der Vorstand des Militärvereins hatte nun eines Tages von vorgefester Stelle den Befehl erhalten, diese Mitglieder zum Austritt aus dem Metallarbeiterverband zu bewegen oder sie aus dem Militärverein auszuschließen. Es fanden auch dahinwirkende Versammlungen statt, verliefen aber resultatlos, da sogar Familienglieder des Metallarbeiterverbandes sich gegen den Terrorismus des Militärvereinsbundes wehrten. Es wurde dem Militärverein das Recht bestritten, Mitglieder auszuscheiden, die sich keiner unehrenhaften Handlung schuldig gemacht haben, sondern nur einem Verein zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen angehören — was ihr gutes Recht sei u. j. w.

Es kamen noch einige Male Befehle von „Oben“, aber umsonst. Als man nun sah, daß auf diesem Wege nichts zu erreichen und der Geist der Zwietsracht auch mit Hilfe des Militärvereins nicht in die Reihen der organisierten Kollegen zu bringen sei, griff man zu einem andern Mittel. Die Behörde, die bis vor kurzem in keiner Weise der Organisation hindernd in den Weg getreten war, sucht nun auf die Lokaltreiber einzuwirken, die Säle zu verweigern. Wohl nicht mit Unrecht nimmt man an, daß es dem Einfluß der Werksleitung zuzuschreiben ist, daß dies geschieht.

Am 7. Januar sollte abermals eine Versammlung stattfinden. Die Kollegen waren erschienen, da erklärte der Wirth: er sei um die Erlaubnis zur Abhaltung eines Tanzergnügens gekommen, wobei ihm erklärt wurde, daß, so lange er kein Lokal zur Versammlung für die Metallarbeiter hergibt, er nie eine Tanzunterhaltung abhalten darf. — Trozdem der Wirth voll und ganz von den Arbeitern abhängt und aus dem Abhaltenlassen von Versammlungen und Zahlabend mehr Nutzen zieht als aus Tanzergnügen, zog er das gute Einvernehmen mit der Behörde und die Tanzergnügen vor und verbot die bereits festgesetzte Versammlung.

Als den verammelten Kollegen dies mitgeteilt wurde, zogen sie sofort daraus die richtige Konsequenz und verließen das Lokal, den verblüfften Wirth über Nutzen und Zweck der Tanzunterhaltung nachdenken lassend. Wenn die Arbeiter diese Vergnügungen nicht besuchen, findet vielleicht der Wirth Ersatz in den Direktoren, Beamten und Meistern des Werks oder den sonstigen Gegnern des Metallarbeiterverbandes, deren moralische Pflicht es nun allerdings wäre, den geschädigten Wirth zu unterstützen.

Die Kollegen ersehen aus diesen Machinationen erst recht, welche Mittel im Kampf gegen die Organisation angewandt werden, sie ersehen daraus erst recht den Nutzen der Organisation und werden dem Beispiel der Landchammer'schen Kollegen folgend — die schon ein halbes Jahr ohne Versammlung sich behelfen müssen — muthig weiter arbeiten in der angefangenen Weise, bis auch dieses Hindernis aus dem Wege geräumt wird. Karl Massatsch.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Änderungen in den Zentralwahlkomitees. Wegen Annahme einer Kandidatur übernehmen an Stelle der beamteten Vorstehenden die nachstehend bezeichneten Kollegen den Vorsitz für das Zentralwahlkomitee der 10. Wahlabtheilung: Joh. Stieh, Nürnberg, Bahnhofstraße 57, III.

Sodann machen wir darauf aufmerksam, daß noch eine Anzahl Protokolle der 3. ordentlichen Generalversammlung zur Verfügung stehen und hat der Vorstand beschloffen, dieselben zu einem billigeren Preise an die Verwaltungsjstellen abzugeben. Sobald der Betrag gleich mit der Bestellung eingekandt wird, soll das Stück mit 10 J abgegeben werden. Bei dem großen Interesse, das der Frage der Arbeitslosenunterstützung jetzt zugewendet wird, dürfte eine Kenntniz der Verhandlungen über diesen Punkt sehr zur Klärung der Sache beitragen.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungiltig und aufzuhalten: Nr. 132512 des Glasäblers Anton Fleck, geb. zu Leinach am 12. Juni 1880. 147474 des Schlossers Peter Jensen, geb. zu Dorntrup am 27. April 1870. 162025 des Maschinenbauers Hugo Goldstein, geb. zu Stralund am 11. Oktober 1868. 269659 des Schlossers Richard Baumgarten, geb. zu Nordhausen am 12. September 1860. 271643 des Installateurs Wilhelm Nießen, geb. zu Deutz am 30. August 1880. 275566 des Schmieds Wilhelm Herbst, geb. zu Burgdorf am 16. September 1850.

Des weiteren wird auf mehrfache Anfrage bekannt gegeben, daß die mit Ende des Jahres 1898 abgelassenen Mitgliedsbücher in den Händen der Eigentümer verbleiben.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/II,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld veranschlagt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

**Erziehung.**

In der in Nr. 2 erschienenen Quittung pro Dezember 1898 muß es heißen: Magdeburg-Neustadt **Mk. 200** statt 100.

**Korrespondenzen.**

**Formen.**

**Berlin.** In den Vergleichsbedingungen beim Friedensschluß des allgemeinen Ausstandes der Berliner Eisenformer im Herbst 1897 verpflichteten sich die Gießereibesitzer zur Bezahlung des Ausschusses in allen Fällen, in denen den Formen keine Schuld trifft. Neuerdings versuchen die Gießereibesitzer diese Verpflichtung wieder von sich abzuschütteln. Erst vor Kurzem veranlaßte die Firma Grünauer in solch freitragendem Falle 2 Formen, das Gewerbegericht anzurufen. Dieses verurtheilte die beklagte Firma zur Zahlung des Ausschusses. Nunmehr beobachten die Gießereibesitzer eine neue Taktik. Sie weigern sich schließlich nicht mehr, den Ausschuss zu bezahlen, aber entlassen Jeden, der den Ausschuss bezahlt haben will. Das ist auch die Ursache der Differenzen, welche bei der Firma Wolter ausgebrochen sind. Die Kolonne von 4 Mann soll den Ausschuss bezahlt erhalten, wird aber dann sofort entlassen. Da alle Versuche, eine friedliche Erledigung dieser Angelegenheit herbeizuführen, gescheitert sind, so haben die Kollegen beschlossen, bei Entlassung besagter Kollegen insgesammt die Arbeit einzustellen. Da bei ausbrechendem Streik der Verband der Industriellen sämtliche Gießereien sperrt und dadurch die Formen zwingen will, als „Arbeitswillige“ zu fungieren, so werden alle Kollegen vor Zuzug gewarnt, da nicht die geringste Möglichkeit besteht, Arbeit zu erhalten — es sei denn als Streibreaker in der Gießerei von Wolter.

**Frankenthal.** In Nr. 51 der „Met.-Ztg.“ vor. Jh. erschien ein Bericht über die am 3. Dez. hier stattgefundene kombinierte Versammlung des D. M.-V. und des Zentralvereins der Formen, in der u. A. der geplante Formertag auf der Tagesordnung stand. In unserem Bericht hieß es aber „Mitgliederversammlung“, in der Mitglieder vom Zentralverein der Formen anwesend waren. In dem Vortrag sprach der Referent nicht von den unhaltbaren Zuständen im Zentralverein der Formen, wie es hier von den Zentralvereinsmitgliedern aufgefaßt wurde, sondern von den unhaltbaren Zuständen der Formen in beiden Organisationen. Der Vorschlag von Höchner im „Glückauf“ wurde im ersten Abgange angenommen, wonach sich die Mitglieder des Zentralvereins dem D. M.-V. anschließen sollen. Von einer bedingungslosen Unterwerfung, wie der „Glückauf“ schreibt, war in unserer Versammlung keine Rede, das bringt schon der Vorschlag Höchner mit sich. Unsere ehrliche Absicht war, etwas zur Einigung beizutragen, wenn man aber meint, Zwiespaht in unsere Reihen bringen zu können, indem man die Formen unserer Verwaltung auf ihre Rechte besonders aufmerksam machen zu müssen glaubt, so meinen wir doch, daß die Mitglieder soweit aufgeklärt sind, daß sie selbst wissen, was sie für Pflichten und Rechte haben. Das unser letztes Wort in dieser Angelegenheit.

**Leipzig.** Eine öffentliche Formerverammlung fand am 8. Januar im „Coburger Hof“ statt. Auf Antrag des Vertrauensmanns Sellrich vom Zentralverein der Formen wird für beide Organisationen ein Schriftführer gewählt. Den Rechenschaftsbericht des Agitationskomitees erstattet Max Pfüller; er bedauert, daß die Geldmittel nicht ausreichend waren, da der Agitationsbezirk sich über Leipzigs Grenzen erstreckte. Abgehalten wurden 18 öffentliche und 16 Werkstättenversammlungen. Differenzen waren in zwei Gießereien zu verzeichnen, die in einem Falle sich zum Streik zuspitzten (Mägge); beide wurden zu Gunsten der Arbeiter beigelegt. Referent bedauert, daß die Agitation vielfach durch Organisationsstreitigkeiten gehemmt wurde. Nach kurzer Diskussion wurde dem Agitationskomitee Decharge erteilt. — Bei „Neuwahl des Agitationskomitees“ wurden für die Besetzung Vorschläge dahin gemacht, daßselbe aus Mitgliedern beider Organisationen zu bilden; beschlossen wurde, das alte Agitationskomitee noch einen Monat bestehen zu lassen, bis die Frage mit den beiden Agitationskomitees der Metallarbeiter geregelt sei. Der 2. Punkt war: „Die Antwort der Organisationsvorstände auf die von den Leipziger Formern gemachten Einigungsvorschläge.“ Pfüller (Zentralv.) referiert, weist auf die frühere Versammlung hin, in der der Beschluß gefaßt wurde, sich an die Generalkommission zu wenden, behufs Veranlassung einer Konferenz der beiden Zentralvorstände. Die Generalkommission sei dem Wunsche nachgekommen, der Vorstand der Zentral-Formen habe nicht geantwortet, vom Vorstand des D. M.-V. sei geantwortet, jedoch Unterlagen für eine solche verlangt worden. Darauf habe eine weitere Formerverammlung eine Resolution gefaßt, nach welcher ein Kartellvertrag beider Organisationen verlangt wurde, und diese sei den Zentralvorständen übermitteln worden. Während die Antwort vom Vorstand der Zentral-Formen zustimmend gelautet habe, sei dieselbe vom Vorstand des M.-Verb. ausweichend gewesen. Letzterer habe erklärt, es sei nichts Ersprießliches von dieser Aenderung zu erwarten, er sei nach den Statuten auch nicht berechtigt, einen Kartellvertrag abzuschließen. Wenn jedoch Vorschläge für eine Verschmelzung in irgend einer Form gemacht würden, wäre er gern bereit, auf einer Konferenz mitzuwirken. Bretter (M.-V.) hält eine vollständige Verschmelzung für das einzig Richtige. Sellrich (Zentralv.) ist entschieden für die Berufsorganisation, aber doch für ein Zusammengehen in Kartellform wie mit den Kupfergießern, bemängelt die Antwort des Vorstandes der Metallarbeiter, da hier jeder Versuch zur Einigung illusorisch gemacht werde. Grenz erklärt, er sei nicht enttäuscht, eher zufrieden von dem gegenseitigen Resultat. Verbreitet sich in Längeren über die Anfänge der jetzigen Einigungsbewegung. Er habe sich keine Illusionen über die Resultate einer Konferenz gemacht, aber auch er habe eine solche gewünscht, denn nach dem Ausgange einer solchen, die negativ ausgefallen wäre, hätten die Zentralformern freies

Feld dem Metallarbeiterverband gegenüber gehabt. Die Hauptschuld an der Uneinigkeit der Formen trage die „Metallarbeiterzeitung“, die ängstlich vermeidet, ihren Lesern etwas von der Formerbewegung zu unterbreiten. Es sei notwendig, daß die Formen sich auf einem Kongress aussprechen, ein Formertag müsse kommen und er werde kommen. Zwischen den Formern und den andern Metallarbeitern bestiehe nur der Zusammenhang, daß beide Metall bearbeiteten, andere Berufe: als: Modellstecher, ja selbst Maurer und Töpfer ständen ihnen nach der Natur ihres Berufes viel näher. Er hoffe, daß die Formen des Metallarbeiter-Verbandes ihren Vorstand zwingen werden, zu der angeregten Frage deutlicher Stellung zu nehmen, wozu ja auf der im April stattfindenden Generalversammlung Gelegenheit sei. Vor der letzteren halte er einen Formertag für unangebracht. Magaf (M.-V.) tritt Grenz entschieden entgegen bezüglich seiner Beurteilung der Berufssektionen innerhalb des D. M.-V., dieselben hätten sich in vielen Städten, z. B. Nürnberg, gut bewährt. Der Rückenhalt bleibe aber doch das von Grenz bejätzte „einige Gänge“, der D. M.-V. Die Formen könnten größeren ständigen ruhiger entgegengehen, wenn sie einem großen Industrierenverbande angehören. Verweist auf die Unternehmerorganisation und plaudert für Zusammenschluß, Blumenstein und Döhle (M.-V.) treten ebenfalls den Ausführungen von Grenz entgegen. Ersterer kritisiert den Standpunkt deselben, daß ein Zentralvorstand, welcher Schloßler oder Dreher von Beruf sei, keine Formereigenschaften richtig vertreten könne. Becker (M.-V.) ist der Ansicht daß heute über das vorliegende Material nicht genug Aufklärung vorhanden sei und wäre es besser, wenn erst einmal eine Aussprache unter den Formern des Metallarbeiter-Verbandes stattfände. — Kiebitz (M.-V.) schließt sich dem Vorredner an. Schiemann (M.-V.) erklärt, daß nur die demagogische Rede des Grenz ihn veranlasse, das Wort zu ergreifen. Grenz stände es am Wenigsten an, Vorwürfe zu erheben, denn er möge in seine Vergangenheit zurückblicken. Geht auf den Frankfurter Kongress ein; wenn Grenz damals den ihm angetragenen Sitz im Zentralvorstand angenommen, wäre heute die Streitzeit begraben, aber er war damals mit Schwarz zu eng liiert; deshalb mußte damals die Peze beginnen, die noch bis heute dauere. Die Einsichtigen unter den Formern würden auf alle Fälle im D. M.-V. bleiben. Weiter legt Redner nochmals ausführlich die Vortheile einer großen Organisation klar und geht hauptsächlich auf die kleineren Orte ein, wo es schon schwierig sei, eine Ortsverwaltung zu finden. Sellrich weist verschiedene Ausführungen Schiemann's zurück. Die Organisation der hiesigen Formen sei eine sehr erfreuliche. Die Redaktion des „Glück auf“ müsse alle Berichte aufnehmen, nicht bloß die gutgefunten wie bei der „Metallarbeiter-Zeitung“. Pfeiffer (M.-V.) spricht für Anschluß und Sektionsbildung. Böhm (M.-V.) führt aus, er habe als Korrespondent von Nordachsen die Schwierigkeiten bei der Agitation in kleinen Orten kennen gelernt. Wenn auch die Großstädte zu 90 oder 100 Prozent organisiert seien, aus den kleineren Orten kämen die Streibreaker, dort hin würden bei Streiks die Diabole geschickt und damit müßten wir rechnen. Bei einer einheitlichen Organisation seien viel bessere Erfolge zu erzielen, und darum müsse Jeder schon aus diesem Grunde für das einige Zusammengehen sein, der den Willen zur Besserung habe. Pfüller stellt den Antrag, den Antrag Höchner-Wünchen zu dem der Leipziger Formen zu machen. (Derselbe lautet: Schaffung einer Formervereinigung Deutschlands, bestehend als Zweigverband des D. M.-V. Derselbe soll mit weitgehendster Autonomie, Selbstverwaltung und Selbstbestimmung ausgestattet sein; 2) eine eigene Formervereinigung. — 2. Blumenstein macht den Vorschlag, den 2. Theil des Antrages fallen zu lassen. Pfüller ist damit einverstanden, ihm käme es nur darauf an, eine Aussprache zwischen den Zentralvorständen herbeizuführen. — Der Antrag Pfüller wird einstimmig angenommen. Ebenfalls einstimmig wird der Antrag Becker angenommen, in Kürze eine Versammlung der nur im Metallarbeiterverband organisierten Formen abzuhalten und das Agitationskomitee der Metallarbeiter (Zentrum) damit beauftragt. —

Anmerkung der Redaktion. Zu obigem Bericht haben wir zu bemerken:

In Einverständnis mit dem Vorstand des D. M.-V. nahmen wir einen uns im Juni vor. Jh. aus Braunschweig überlieferten Bericht über eine Formerverammlung, worin zu einem Formerkongress behufs Regelung der Organisationsfrage angeregt wurde, nicht auf. Wir waren und sind noch heute der Meinung, daß ein Formerkongress den beabsichtigten Zweck nicht zu erfüllen vermöge. Die gleiche Ansicht wurde auch von verschiedenen Seiten im Zentralverein der Formen vertreten.

Wir engagierten uns also nicht für ein aussichtsloses Unternehmen. In Konsequenz davon lehnten wir auch die Aufnahme eines Eingekandts ab, das uns am 10. Oktober v. Jh. aus Braunschweig zuzuging und das bereits detaillierte Vorschläge für die Beschickung des Formertages enthielt. Alle anderen in dieser Angelegenheit uns zugegangenen Einsendungen nahmen wir ohne Weiteres auf.

Auf die systematischen Forderungen eines Grenz und Anderer gegen uns und den D. M.-V. sowie dessen Vorstand werden wir vorerst ohne zwingenderen Grund nicht antworten, sondern ruhig abwarten, welche Stellung unsere Generalversammlung zu der Frage einnehmen wird.

**Leipzig.** In der am 22. Januar im „Coburger Hof“ abgehaltenen Versammlung von Formern des D. M.-V. betreffs Stellungnahme zur Formervereinigungsfrage hielt Kollege Schiemann einen Vortrag über diese Frage. Nach längerer Debatte, woran sich verschiedene Kollegen beteiligten, ging folgender Antrag ein: „Beantworte hiermit, den Vorstand des D. M.-V. dringend zu veranlassen, mit dem Vorstand des Zentralverbandes der Formen in Verhandlungen über die Formervereinigungsfrage zu treten, um die Streitfrage baldigst zu lösen.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

**Leipzig.** Achtung Formen! In auswärtigen Blättern werden tüchtige Formern nach Leipzig bei hohem Lohn gesucht. Ich warne jeden Kollegen dringend davor, auf derartige Annoncen nach Leipzig zu kommen. Es gibt hier Formen genug. Die Unternehmer beabsichtigen nur, Fremde nach hier zu ziehen, um dieselben dann als Preisdrücker

zu benutzen. So sucht jetzt die Firma Gebr. Sternkopf tüchtige Formen zu hohen Akkordlohn, obgleich diese nicht in der Lage ist, ihre eigenen Formen ausreichend zu beschaffen. Jeder Kollege möge bedenken, daß Leipzig eine Zentralkolonne ist. Es reisen vierteljährlich ca. 80-100 Formen hier durch. Wenn die Herren Leute brauchen, so haben sie dieselben in ausreichender Zahl hier. Ich bin bereit, Jeden bevor er nach Leipzig kommt, über die hiesigen Verhältnisse aufzuklären. Kurt Sellrich, Leipzig-Neustadt, Hauptstr. 81/11.

**Klempner.**

Essen a. Ruhr. Bezug von Klempnern zu Krupp ist fernzuhalten. Bericht folgt.

**Barlsruhe.** In der letzten Versammlung im Dezember v. Jh. gab der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem wir kurz hervorheben. Differenzen hatten wir 1898 mit der Firma Goldschmidt-Hungelag und Feing und Karo zu erledigen. Das Unterlassungsverwehren wurde eingeführt und zwar mit Erfolg. An freiwilligen Beiträgen wurden ca. 250 Mk angebracht. Die Mitgliederzahl ist von 101 auf 123 gestiegen. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Joh. Feib als Bevollmächtigter, Albin Dietrich als Kassierer, G. Jaus, Karl Nebl und L. Goldschmidt als Revisoren, Rich. Körner und Andr. Orth als Delegirte zum Gewerkeverband.

**Kassel.** Die unter den hiesigen Klempnern und Installateuren aufgenommene Lohnstatistik ergab folgendes Resultat: Von 154 hier in dieser Branche beschäftigten Gehilfen verdienen:

1 Gehilfe	6,- Mk	2 Gehilfen	3,33 Mk
2 Gehilfen	5,- "	1 "	3,30 "
7 "	4,50 "	3 "	2,25 "
1 "	4,16 "	2 "	3,20 "
22 "	4,- "	1 "	3,16 "
2 "	3,94 "	1 "	3,15 "
2 "	3,90 "	39 "	3,- "
4 "	3,83 "	9 "	2,80 "
3 "	3,75 "	5 "	2,70 "
1 "	3,66 "	1 "	2,66 "
2 "	3,60 "	16 "	2,50 "
20 "	3,50 "	3 "	2,- "
4 "	3,40 "	154 Gehilfen	509,57 Mk

Das ergibt einen Durchschnittslohn pro Tag von 3,31 Mk. Nach der aufgenommenen Statistik vor dem Streik betrug der Durchschnittslohn 2,75 Mk. Somit sind die Opfer des Klempnerstreiks nicht unruhmlich gebracht. An den Arbeitern dieser Branche ist es, sich im Laufe des Winters so zusammenzuschließen, daß ihnen die Meister zum Frühjahr die 9/10-stündige Arbeitszeit bei gleichem Lohn ohne Streik bewilligen.

**Nürnberg.** Die Sektion der Glaschner hielt am 7. Januar eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Zu Delegirten wurden die Kollegen Bergmann und Nerretter vorgeschlagen. Gewählt wurde Bergmann mit 23 Stimmen, Nerretter erhielt 13 Stimmen. — Bergmann stellte folgende Anträge: 1. Erhöhung des wöchentlichen Beitrages für männliche Mitglieder auf 30 J, für weibliche auf 10 J. 2. Das Beitrittsgehalt ist für männlichen Mitgliedern auf 50 J, bei weiblichen auf 30 J festzusetzen. 3. Die Gesamtentnahmen des D. M.-V. sind derartig zu vertheilen, daß je 1/3 dem Streifond, 1/3 der Verwaltung und 1/3 dem Unterstützungsfonds zufallen. Nr. 1 wurde angenommen, Nr. 2 abgelehnt und Nr. 3 vom Antragsteller mit der Motivirung zurückgezogen, denselben in der „Met.-Ztg.“ zu veröffentlichen und zu begründen. Kollege Götz brachte folgende Anträge ein: 1. die Beiträge für die Generalkommission einzustellen. Derselbe wurde angenommen. 2. Die Generalversammlung statt alle 2 Jahre, alle 3 Jahre stattfinden zu lassen. Angenommen. 3. Die Vorrechte für die Verwaltungsstellen über 3000 Mitglieder zurückzuziehen und die betreffenden Paragraphen zu ändern. Angenommen. 4. Ueber die geplante Beitragserhöhung und Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine Urabstimmung herbeizuführen. Angenommen. 5. Anstellung einer Redaktionskommission am Orte der Redaktion. Einstimmig angenommen. Der von Kollege Kraus gestellte Antrag: „Den Abs. 3 des § 21 vom Verbandsstatut zu streichen“, wurde ebenfalls angenommen.

**Metallarbeiter.**

**Alt- und Neugersdorf.** In der Versammlung der Einzelmitglieder am 12. Januar gab der Bevollmächtigte einen Ueberblick über das verfloßene Geschäftsjahr. Die Mitgliederzahl hat im vergangenen Jahre um 64 zugenommen, sie beträgt 174. Der bisherige Bevollmächtigte, die Revisoren und die Werkstättenassistenten wurden wiedergewählt. Bei Arbeitslosenunterstützung entspann sich eine sehr lebhaft Debatte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung der Einzelmitglieder von Alt- und Neugersdorf und Ebersbach erklärt sich ganz entschieden gegen die Arbeitslosenunterstützung und jegliche Beitragserhöhung im Allgemeinen mit Rücksicht auf die kleinen Orte und niederen Arbeitslöhne in der Oberlausitz, Schlesien usw. und behauptet, daß die Unterstützung im Antrage des Vorstandes nach vorgeschriebener Karenzzeit nicht ausreicht, um nur das Nothdürftigste zum Leben zu beschaffen. Sie läßt jedoch den Bestürmtern der Arbeitslosenunterstützung freie Bahn, auf der Generalversammlung die Beiträge für männliche Arbeiter in zwei Klassen einzuführen (wie im Oesterreichischen Metallarbeiter-Verband) 25 bzw. 30 J mit Arbeitslosenunterstützung und 20 J ohne Arbeitslosenunterstützung.

**Berlin.** Zur Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die Ostern in Halle stattfindet, nahm die Verwaltungsstelle Berlin in einer außerordentlichen Generalversammlung, die am 8. Januar in der Brauerei Friedrichshain tagte, Stellung. Näher, der das einleitende Referat hatte, führte aus, daß der wichtigste Gegenstand der in Halle zu verhandelnden Tagesordnung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sei. Wenn man die Unterstützung einführe, so werde dem Wechsels in der Mitgliedschaft Einhalt gethan und die Mitglieder an den Verband gefesselt, ferner würden auch die arbeitslosen Kollegen, wenn sie eine Unterstützung bekommen, nicht nöthig haben, unter allen Umständen und zu jeder Bedingung Arbeit anzunehmen und aus Noth zu Lohnrückern zu werden. Der Einwand, daß die Einführung des Unterstützungswesens den Klassenkampf beeinträchtige, sei demnach hinfällig. Mohrliche sprach sich in längerer Rede gegen das Unterstützungswesen aus. Die Mehrheit der Mitglieder — meinte er — verhielte sich gegen dasselbe nicht nur passiv, sondern sogar ablehnend. Die Ein-

führung von Unterstützungen verweise die Prinzipien des Klassenkampfes. Die englischen Trades Unions hätten auf konservativer Grundlage begonnen und sie entwickelten sich jetzt zum Sozialismus, während die deutschen Gewerkschaften sich durch Einführung des Unterstützungswezens vom sozialistischen Standpunkt entfernen. Den Verband der Buchdrucker dürfe man gar nicht als Beweis für die vorliegende Angelegenheit heranziehen, denn derselbe sei nicht mehr in der Lage, trotz seines nach Millionen zählenden Vermögens, Klassenkämpfe zu führen. Der Redner schloß unter Beifall der Minorität mit der Aufforderung, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung abzulehnen. — Unter lebhaftem Widerspruch der Unterstützungsgegner wurde nun die Debatte geschlossen und die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit übergroßer Mehrheit gebilligt. Mit lebhaftem Beifall nahm die Versammlung das Resultat der Abstimmung auf. — Hierauf wurden einige von der Verwaltungsstelle Berlin beantragte Statutenänderungen ohne Debatte genehmigt. Eine längere Diskussion rief ein von Näther begründeter Antrag hervor, wonach den Verwaltungsstellen im Statut das Recht eingeräumt werden soll, zur Deckung außerordentlicher Ausgaben Extrabeiträge neben den ordentlichen Verbandsbeiträgen zu erheben. Durch diese Extrabeiträge sollen die bisher üblichen Sammlungen freiwilliger Beiträge abgejast werden. Die Versammlung stimmte für den Antrag. Eine von Mohrke beantragte Statutenänderung zu § 21, Ziff. 17, welche bezweckt, die Genehmigung von Ausständen in gewissen Fällen nicht vom Votum des Vorstandes abhängig zu machen, wurde nach längerer Debatte abgelehnt.

**Brandenburg.** Die am 9. Januar in Winkel's Salon abgehaltene, gut besuchte Mitgliederversammlung nahm nach einem vorausgegangenen Referat des Kollegen Näther-Berlin den Antrag, die Arbeitslosenunterstützung obligatorisch einzuführen, mit ca. 300 gegen 3 Stimmen an.

**Duisburg.** In unserer Versammlung am 14. Januar sprach Genosse Spiegel aus Düsseldorf über die Arbeitslosenunterstützung. Redner, früher Gegner derselben, sei nach sachlicher Prüfung zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Einführung derselben für die Mitglieder ein großer Vorteil und für den Verband einen agitatorischen Werth haben werde. Er sei ein absoluter Gegner der Beitragserhöhung um 5  $\mathcal{L}$ , sonst würden wir auf der nächsten Generalversammlung erleben müssen, daß die Arbeitslosenunterstützung abgeschafft oder die Beiträge erhöht werden müßten. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen Leves, Marwid, Hoff, Kasperk und Müller im Sinne des Referenten aus. Kollege Jünl bekannte sich als Gegner.

**Freiburg i. Br.** Am 16. Januar traten die Arbeiter der „Fahrwerke Freiburg“ in einen Abwehrkampf ein wegen Reduktion der Arbeitspreise. Es streikten 63 Mann, davon sind 56 im D. M. B., 1 im Malerverband, die übrigen sind jugendliche Arbeiter. Der Zugang ist strengstens ferngehalten. Näherer Bericht folgt. Zuschriften an Josef Groß, Baslerstr. 68.

**Gablenz.** Am 14. Januar fand in Uhlemann's Restaurant eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: „Der Ausstand der Polster der Fahrradlaternenfabrik von Hermann Niemann.“ Kollege Krause gab bekannt, daß die Polster eine Forderung gestellt hatten auf Erhöhung der Arbeitspreise auf verschiedene Kategorien, Festsetzung des Stundenlohnes auf 25  $\mathcal{L}$  und Aushängung eines Lohnzertifikats. Bewilligt wurde nur der Stundenlohn und Aushängung des Lohnzertifikats, womit sich die Arbeiter auch einverstanden erklärten und die Arbeit weiter machten. Jedoch hatte ein organisierter Arbeiter von 4 Uhr bis kurz vor Feierabend nichts zu thun und doch sollte er nach Feierabend arbeiten, weil ein Posten Laternen fertig zu stellen war, an dem noch fünf Mann mitarbeiten sollten. Als 4 Mann ihre Arbeit fertig hatten, gingen sie nach Hause. Des Morgens jedoch wurde der organisierte Kollege, der tags zuvor zwei Stunden nichts zu thun hatte, entlassen. Bei Vorstellung der Kollegen wurde von Niemann jr. erklärt: Wer nicht arbeiten wolle, dem ginge es ebenso, worauf 19 Mann die Arbeit niederlegten, 8 Organisierte und 11 Unorganisierte. Die Ausständigen wandten sich an Genosse Karl Niemann am Ausstand, worauf dieser der Firma folgenden Brief schrieb: „Die bei Ihnen ausgetretenen Polster wünschen eine Verständigung und haben dazu die Vermittlung des Unterzeichnenden angewandt. Sollten Sie hierzu geneigt sein, wäre ich um gebl. Mittheilung, wann und wo die Verhandlungen stattfinden können.“ Darauf antwortete die Firma Folgendes: „Ich theile Ihnen in Erledigung Ihres Schreibens von gestern mit, daß die betr. Leute in grenzenlos leichtfertiger Weise ihre sichere Arbeit verlassen und mir den Stahl vor die Thüre gesetzt haben. Ihre Arbeitsplätze sind Ihnen einen Tag referiert und dann neu besetzt worden, so daß heute kein Platz mehr frei ist und ich schon deshalb in keinerlei Verhandlungen eintreten könnte. Ich habe die Leute bereits wiederholt ermahnen lassen, zur Abrechnung und Abholung ihrer Papiere hierher zu kommen, damit sie vor weiteren Schäden bewahrt bleiben.“ Die Ausführungen der Firma sind nicht richtig, da die Plätze schon am selben Tage besetzt worden sind. Die Diskussion war eine rege, es wurde unter Anderem vorgebracht, daß wenn die Polster nicht genügend Arbeit haben, sie auch andere Arbeit machen müssen, z. B. Wäsche mangeln, Dinger tragen, Häuser anstreichen, Kohlen schaufeln u. d. m. Die Sonntagsarbeit wurde kritisiert u. d. werden Arbeiterinnen Sonntags in die Fabrik verlangt, um Laternen zu zählen u. s. w. Ein Kollege, der Sonntags gearbeitet hatte, führte noch an, daß die Firma ihm gegenüber geneigt habe, es würde ihm nichts passieren und die Firma würde dafür aufkommen. (Es erwartete das den Anschein, als wenn die Sonntagsarbeit bei der Besorbe nicht angezeigt worden wäre.) Es ging folgende Resolution ein: „Die heute in Uhlemann's Restaurant tagende Metallarbeiterversammlung vertritt, so viel wie es möglich ist, die noch Ausgesperrten zu unterstützen“ — welche einstimmig angenommen wurde. Der Referent forderte die Anwesenden auf, der Organisation beizutreten, um dadurch könne ihre Lage gebessert werden. — Der Ausstand ist beendet, weil keine Aussicht auf Erfolg war.

**Großsch.** Am 14. Januar fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in der Stellung genommen wurde zur Arbeitslosenunterstützung. Nach längerer Debatte kam die Versammlung zu der Ansicht, die Arbeitslosenunterstützung sei mit einer Beitragserhöhung von 5  $\mathcal{L}$

einzuführen. Es wurde betont, daß durch Einführung derselben eine festere und kampffähigere Organisation zu Stande kommt als bisher. Man wird die verheirateten und anlässigen Arbeiter mehr gewinnen. Michaelis erstattete einen Bericht des Agitationskomitees. Dasselbe hatte eine Einnahme von 66,72 und eine Ausgabe von 12,34. Folgende Kollegen wurden in das Agitationskomitee gewählt: Vogel, Michaelis und Köbel. Beschlossen wurde, am 12. Febr. ein Kränzchen zu veranstalten.

**Goldlauter i. Q.** In einer gut besuchten Versammlung am 15. Januar hielt Genosse Leber aus Jena einen Vortrag über die Bestrebungen der modernen Arbeiterorganisationen und erläuterte zum Schluß die Lage der Metallarbeiter und die Leistungen des D. M. B. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine Verwaltungsstelle des D. M. B. in Goldlauter zu gründen. 36 Metallarbeiter meldeten sich als Mitglieder an. Wenn nicht alle Anzeigen trügen, werden wir auch hier in der nächsten Zeit eine gute Verwaltungsstelle erhalten. Als Bevollmächtigter wurde Eisenbrecher G. Weiß, Nr. 171, als Kassierer Ernst Schübel, Nr. 145, als Revisoren Karl Martz, Febr. Kolb und Ernst Steigleder gewählt.

**Hannover.** In der Mitgliederversammlung der allg. Verwaltungsstelle vom 7. Januar fand Arbeitslosenunterstützung und Anträge zur Generalversammlung auf der Tagesordnung. Zum 1. Punkt hielt Kollege Deha einen Vortrag gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verband. Es sei das instinctive Gefühl der Mitglieder, daß sie sich gegen die Erhöhung der Beiträge und somit auch gegen die Arbeitslosenunterstützung wenden. Der Vorstand hätte die Sache über's Knie gebrochen; auch habe er den Befürwortern der Arbeitslosenunterstützung Material geliefert und zur Agitation nur Befürworter verwendet. Diese Einwendungen wurden in der Diskussion als leichtfertige bezeichnet, überhaupt sehr scharf gegen den Vortrag Stellung genommen. Die Abstimmung eines von der Ortsverwaltung vorgelegten Antrages ergab 55 für, 17 Stimmen gegen die Einführung. Der Antrag auf Bezahlung eines Kranken- und Sterbegeldes wurde abgelehnt, der Antrag auf Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung angenommen.

**Hassel.** Die allgemeine Verwaltungsstelle des D. M. B. hielt am 8. Januar eine Versammlung auf dem „Hunten Hof“ ab. Die Tagesordnung lautete: „Wie stellen sich die Hasseler Metallarbeiter zur Arbeitslosenunterstützung?“ 2. Aufstellung des Delegierten zur Generalversammlung. 3. Unsere innere Organisation. 4. Wahl der Vertrauensleute für Klempner, Bauhölzer und Schmiede. Kollege Garde rief, daß trotz der theuren Agitation, die entfaltet worden ist, verschiedene Kollegen es nicht der Mühe werth erachten, zu den Versammlungen zu erscheinen. In seinen Ausführungen legt Redner seinen Standpunkt klar, was ihn und so viele andere Kollegen bewegen habe, ihre Ansicht betreffs der Arbeitslosenunterstützung zu ändern. Die eventuelle größere Arbeitslosigkeit vieler Kollegen müßte uns schon heute beschäftigen, denn es sei nicht die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation allein, in guten Geschäftsperioden für die Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erwirken, sondern man müßte auch daran denken, wie man das Ertrugene festhalte. Von den Löhnen, welche heute und jedenfalls auch für die nächste Zukunft gezahlt würden, könne man sich keine derartigen Ersparnisse machen, um sich in der Zeit der Arbeitslosigkeit über Wasser zu halten. Daß der D. M. B. aufhöre, eine Kampforganisation zu sein, wenn die Arbeitslosenunterstützung eingeführt würde, bestritt Redner ganz entschieden. Zum Kampf gehöre auch mit, daß man die Wunden der Opfer, welche auf dem industriellen Schlachtfelde liegen, zu stillen versucht. Wenn betreffs der höheren Beitragsleistung gesagt würde, die Metallarbeiter sind nicht im Stande, 30  $\mathcal{L}$  Beitrag zu zahlen, so müsse er, Redner, dieses dem doch bestritten. Wenn man bei Frage auf den Grund gehe, weshalb die Mitglieder den jetzigen 20  $\mathcal{L}$ -Beitrag nicht bezahlen, so würde man finden, daß es weniger die 20  $\mathcal{L}$  sind, als das Unwissen der Beiträge auf 3—4 Wochen, ja oft noch länger. Um diesem Uebelstande aber in Zukunft abzuhelfen, sei es notwendig, daß das Einkommenssystem besser funktioniere. Betreffs der Berechnungen des Hauptvorstandes ist Redner der Meinung, daß mit diesen 10  $\mathcal{L}$  Mehrbeitrag die Unterstützung gezahlt werden könne, denn für die unverschuldeten Kollegen würde ja jetzt schon für die Arbeitslosenunterstützung ein Beitrag bezahlt. Man müsse auch in Betracht ziehen, daß, wenn wir jetzt auch die Arbeitslosenunterstützung beschließen, auch im Stande sind, einen gewissen Fond zu sammeln, der uns in schlechten Zeiten über den Berg hinweghilft. Wenn man sage, die Hasseler Metallarbeiter hätten keinen Vortheil, so sei dies dem doch wohl nicht richtig. Die Klempner, Bauhölzer, Schmiede, hätten unbedingt einen großen Vortheil, denn man müsse nicht glauben, daß die Bauhätigkeit immer so anhalte. Auch den Schmiedelern sowie den sonstigen Metallarbeitern könnte es, wenn auch in kleinen Geschäftszeiten die Fabrikanten die Arbeitszeit von Morgens 8 bis 4 Uhr Nachmittag eingeführt, nicht gleichgültig sein, ob in Folge des Hungers sich in diesen Zeiten Hunderte jeden Tag ihren Fabrikanten anbieten und in Folge dieses den Lohn ganz gewaltig mehrbrücken. Zum Schluß führt Redner aus, es sei nicht mehr zu erträgen, daß man den Verheirateten dasselbe bietet, wie den unverschuldeten Kollegen. Die Letzteren unterstützen man bei Streiks und Ausperrungen, wenn sie nur 1/2 Jahr, ja oft noch kürzere Zeit Beiträge gezahlt hätten. Den Verheirateten gebe man statt Brod aber Steine, wenn sie 10 Jahre Mitglied wären und nachdem wochenlang arbeitslos würden. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen Engel, P. und sonstigen Redner im Sinne des Referenten aus. Kollege Siebert erklärte sich als Gegner der Arbeitslosenunterstützung. Redner sagt, man müsse die Inaktiven erst besser organisieren, es wären heute noch zu viel Drückeberger. Die Abstimmung ergibt, daß von den ca. 100 erschienenen 2 Kollegen gegen Einführung der Unterstützung sind. Als Delegierte werden 6 Personen vorgeschlagen, wovon 5 zu Genossen Garde's beigetragen. Zum 3. Punkt wurde eine von Vorstand vorgelegte Kommission gewählt, welche den Stadt- und Landkreis Hassel auf Grund angefertigter Listen bearbeiten soll. Für das am 11. Februar stattfindende Vergütigen wurde eine 7gliedrige Kommission gewählt.

**Fabrik.** Daß Emigrität stark maacht, sei den Kollegen durch Nachstehendes vor Augen geführt: In der vom großen Streik (vor 2 Jahren) her rühmlichst bekannten Fabrik von Karl Thiel & Söhne wäre es am Freitag, den 13. Dezember fast wieder zu einem Ausstande der organisierten (nämlich aller) Schlosser und Dreher gekommen. Die Kollegen Grube und Hammer wurden vor Herrn Thiel geladen wegen „Bedrohung“ eines Arbeitswilligen. Sie sollten gesagt haben: Wenn Du nicht Verbandsmitglied wirst, schlagen wir Dir die Knochen entzwei. Den beiden Kollegen wurde dies nun auf das Entschiedenste bestritten und der pp. Arbeitswillige als Lügner entlarvt. Man wurde natürlich von Herrn Thiel den betr. Kollegen erklärt, sie wären von dem Verdacht gereinigt und könnten an ihre Arbeit gehen. Hierauf trat aber der Meister Spörri auf und forderte die Entlassung der beiden als „Aufwiegler“ und „Agitatoren“, wofür Ansuchen auch stattgegeben wurde. Hierauf erklärten sich natürlich sämtliche Schlosser und Dreher mit den beiden solidarisch und stellten sofort die Arbeit ein, weil sie sich sagten, dies sei nur eine Probe und Andere folgten nach. Es wurden nun die Kollegen S. Gieß, Werkzeugschlosser und Th. Stein, Dreher gewählt, um mit dem Meister wegen Zurücknahme der Entlassung zu verhandeln. Der Meister nahm nach längerer Unterhandlung die Entlassung retour. — Darum Arbeiter, hauptsächlich bei Thiel & Söhne, tretet dem D. M. B. bei, damit solche Willkür stets gebührend zurückgewiesen werden können.

**Leipzig.** Die Differenzen der Metallarbeiter bei Gries & Co. haben sich vorläufig durch gegenseitiges Entgegenkommen erledigt.

**Potschappel.** Am 15. Januar fand im „Deutschen Haus“ zu Potschappel eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Ueber die Arbeitslosenunterstützung sprachen die Genossen Krause-Ghemnig als Referent und Siedermann-Dresden als Korreferent. Krause begründete den Antrag des Hauptvorstandes. Siedermann erklärte, daß doch die Regierungen die meiste Verpflichtung hätten, die Arbeitslosigkeit zu verringern, indem sie die Arbeitszeit demgemäß verkürzen sollten, wir sollten doch der Regierung keinen Vorwurf leisten, indem wir für die Opfer des Kapitalismus sorgten. Ferner sagte er, daß wir durch die Arbeitslosenunterstützung in eine Skamität gelangen könnten, die für eine Kampforganisation nicht gerade segensreich wirken könnte. Er verwarf, daß in solcher Weise an den Gewerkschaften, die doch noch alle in den Kinderschuhen stecken, herumgedokort würde, daß schließlich aus einer Kampforganisation eine Unterstützungs-gesellschaft würde. Es entspann sich nun eine lebhafte Debatte, in welcher sich die Redner größtentheils für die Arbeitslosenunterstützung aussprachen. Da die Zeit schon weit vorgerückt war (die Versammlung dauerte volle 4 Stunden), hielten es die Kollegen nicht für nöthig, bis zum Schluß zu warten, so daß von den ca. 60 ursprünglich anwesenden Mitgliedern nur noch etwa 20 Mann bei der Abstimmung folgender Resolution, die gegen 4 Stimmen angenommen wurde, anwesend waren: „Die heute im „Deutschen Haus“, Potschappel, tagende Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Krause einverstanden und erwartet von der Generalversammlung in Halle, daß sie den Antrag des Vorstandes genau prüft und für dessen Verwirklichung Sorge trägt.“ — Kollege Paul Sobje-Potschappel wurde als Delegierter zur Landeskonferenz einstimmig gewählt.

**Hörsel.** Zugang von Drehern, Formern und Schlossern nach hier (Metallwaarenfabrik Camillo Walther) ist ferngehalten.

**Hegnsburg.** In der am 14. Januar abgehaltenen Versammlung wurden in die Ortsverwaltung gewählt: als Bevollmächtigter Rudolf Berich, als Kassierer Josef Graf, als Revisoren Joh. Moser, Reinhold Schmidke und Benzel Walenta, als Bibliothekar Jos. Gleizener. Die Versammlungen finden wie bisher jeden 2. Samstag Abends 8 Uhr und 4. Sonntag Vormittags 10 Uhr im Monat statt. — Wir haben im vorigen Jahr wohl kleine Fortschritte in Bezug auf die Mitgliederzahl gemacht, doch ist dieselbe in Anbetracht der hier beschäftigten Metallarbeiter noch viel zu klein. Kollegen, wirkt daher unablässig, damit es auch hier endlich vorwärts geht.

**Stettin.** Am 15. Januar hielt die hiesige Zählstelle des D. M. B. für Stettin und Umgegend eine Hauptversammlung für alle 4 Bezirke ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Arbeitslosenunterstützung hatte Kollege Majasch-Berlin das Referat übernommen. Redner führte in klarer und verständlicher Weise den Mitgliedern die Nothwendigkeit, resp. Einführung einer solchen vor Augen, um die Mitglieder mehr und mehr an die Organisation zu fesseln und dem ewigen Wechsel betreffs der Mitgliedschaft einen Damm entgegenzusetzen. Dies wurde durch Zahlen vom Referenten nachgewiesen, gleichfalls erörterte derselbe den Antrag des Vorstandes betr. Erhöhung der Beiträge usw. In der sich hieran knüpfenden Diskussion betheiligte sich eine größere Anzahl Kollegen, die sich sämtlich im Sinne des Referenten aussprachen und für Einführung einer Arbeitslosenunterstützung eintraten. Hierauf fand folgende Resolution fast einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden, protestirt aber gegen den Vorschlag der einjährigen Karenzzeit.“ Die Abrechnung vom Weihnachtsvergütigen wurde richtig befunden, worauf dem Komitee Entlastung erteilt wurde. Bei der Wahl eines Delegierten zur nächsten Generalversammlung erhielt Grabein-Stettin 106, Jahrmann-Langelow 1 Stimme.

**Stuttgart.** In der kombinierten Versammlung der hiesigen Sektionen des D. M. B. am 5. Januar sprach Kollege Reichel als Referent über die Arbeitslosenunterstützung. Das Unterstützungswezen ist nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck, ohne Unterstützung ist kein Kampf möglich. In der Arbeitslosenunterstützung sei ein vorwärtstreibendes Element zu erblicken, sie entspreche einem materiellen Interesse und werde die Mitglieder an den Verband fesseln. Unser Mitgliederbestand beträgt gegenwärtig 70,000 und nach Einführung der Arbeitslosenunterstützung werden wir bald auf 100,000 steigen. Die Erhöhung der Beiträge würde auch kommen ohne Arbeitslosenunterstützung. Der Verband muß große Massenbestände ansammeln. Unsere Rechnung von 1897, daß die Arbeitslosenunterstützung mit 5  $\mathcal{L}$  Beitragserhöhung durchführbar sei, wurde bezweifelt. Heute stellt der Vorstand den Antrag, den Beitrag um 10  $\mathcal{L}$  zu erhöhen. Mit einem Beitrag von 30  $\mathcal{L}$  pro Woche wird die Arbeitslosenunterstützung möglich sein. Nur die großen Mitgliedschaften sind Gegner, während die kleinen schon lange

geneigt sind, höhere Beiträge zu zahlen. Redner erinnert an das biblische Gleichnis von den sieben fetten und den sieben mageren Jähren. Wir seien gegenwärtig in den fetten Jahren; die wirtschaftliche Entwicklung hat ihren Höhepunkt erreicht und wir müssen deshalb sammeln für die mageren Jahre, für die Zeit der Krisis. Schaffung eines großen Industrieverbandes, so führt Redner zum Schluss aus, heiße den Kampf aufnehmen mit den Kühnemännern. Wir werden in Zukunft nicht nötig haben, erst bei jedem Streik zu organisieren. — Kollege Müller wünscht Aufklärung über den Prozentfuß der Arbeitslosigkeit, die ihm Schicksal gibt. Thiel fragt an, wie sich der Vorstand die Einführung der Kontrolle denkt, was von Reichel im Sinne eines vor einiger Zeit in der „Metallarbeiterzeitung“ ausgearbeiteten Entwurfs beantwortet wird. Herrmann führt aus, der schlechteste Einwand, der von Leuten erhoben wird, welche gegen die Arbeitslosenunterstützung agitieren, sei der, daß sie sich nicht an der Debatte beteiligen. Freilich ist Gegner der Arbeitslosenunterstützung, die Arbeiter seien heute schon zu sehr belastet. Man solle erst bessere Verhältnisse schaffen, ehe man höhere Beiträge verlange. Kömpf: Er sei Anhänger der Arbeitslosenunterstützung, doch habe er Bedenken über die praktische Einführung derselben. Er wünscht auch, daß die Karenzzeit bei den jetzigen Verbandsmitgliedern in Wegfall kommt. Werner gibt Aufklärung über das mangelhafte statistische Material. Dann wendet er sich gegen die Ausführungen von Thiel und Kömpf und meint, die Kontrolle sei nicht so schwierig. Es werde auch nicht mehr als ein weiterer Beamter im Bureau nötig sein. Haug ist für höhere Beiträge und führt die Buchdrucker als Beispiel an, hat aber Bedenken gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Müller und Kolz wenden sich gegen Thiel und geben ein ziemlich befriedigendes Bild über die Einföhrung der Beiträge. Giesele ist nicht Gegner aus materiellen, sondern aus taktischen Gründen; der Antrag sei verfrüht, die Zahl der organisierten Metallarbeiter sei noch zu klein. Man biete auch zu wenig. Folgende Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen: „Die heutige kombinierte Mitglieder- versammlung der Verwaltungsstellen Stuttgart des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklären sich mit der Einföhrung der Arbeitslosenunterstützung nach Maßgabe des Vorstandsantrags einverstanden. Die Versammlung erklärt deren Einföhrung für eine zwingende Notwendigkeit im Interesse unserer Organisation und zum Ausbau derselben und erwartet, daß die nächste vierte ordentliche Generalversammlung dem Antrage des Vorstands zustimmt.“

**Stuttgart, 22. Jan.** Die heute hier abgehaltene Konferenz der württembergischen Verwaltungsstellen des D. M. V. votierte mit 35 gegen 12 Stimmen für Einföhrung der Arbeitslosenunterstützung.

**Delbert.** In der Versammlung am 7. Jan. erstatteten der Kassierer und der Bevollmächtigte Bericht über die Thätigkeit im vorigen Jahre. In der Diskussion waren alle Redner der Meinung, daß wir wieder eine tüchtige Agitation betreiben müssen und zwar durch eine Flugblattverbreitung. Kollege Müller brachte zur Kenntnis, daß er gekündigt wäre; er rügte die Raubart der hiesigen Metallarbeiter, wenn dieselben sich ihrer Pflicht beruhten, so könnte so etwas gar nicht vorkommen. Müller hatte gegen einen Abzug protestiert, daher folgte die Kündigung. In der Schlossfabrik von C. Niederkorn hat auch ein Abzug stattgefunden; die Schlosser, die in der Fabrik arbeiten, haben vor einiger Zeit einen Gesangsverein gegründet, wahrscheinlich um bei Akford- und Lohnabhängigen Lob- und Danklieder zu singen. In anderen Fabriken sollen Abzüge erfolgt sein, die der Ortsverwaltung mitzutheilen sind. — Kollegen, schafft Euch um das Banner des D. M. V., damit wir gegen berartige Zustände Front machen können.

**Würzburg.** In der am 14. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung, die ziemlich gut besucht war, wurde die Arbeitslosenunterstützung eingehend besprochen. Sämtliche Redner erklärten, daß dieselbe für Würzburg keinen Werth habe, da die Verhältnisse so gelagert sind, daß, wenn ein Kollege hier arbeitslos wird, derselbe dann, sei er ledig oder verheiratet, sich in den meisten Fällen auswärts nach Arbeit umsehen muß, da es in Würzburg wohl viele Kirchthürme, aber keine Fabrikschächte gibt. Durch Erhöhung der Beiträge aber würden wir eine Anzahl Mitglieder verlieren, ohne Aussicht zu haben, andere dafür zu gewinnen. Die Versammlung sprach sich gegen 1 Stimme gegen die Arbeitslosenunterstützung aus. Auch wurde es scharf getadelte, daß Kollege Bühlein in Schweinfurt mit einem gebundenen Mandat in einer Versammlung als Kandidat aufgestellt wurde.

**Reißzeugmacher.**

**Nürnberg.** Sektion der Reißzeugindustrie. In einer am 17. Januar abgehaltenen stark besuchten Mitgliederversammlung wurde nach einem Referat des Kollegen Häsel über die Arbeitslosenunterstützung mit allen gegen 1 Stimme folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem Antrage des Hauptvorstandes betr. Einföhrung der Arbeitslosenunterstützung vollständig einverstanden und stellt es dem Delegierten der 10. Wahlabtheilung anheim, dafür zu stimmen.“ — Ferner wurde beschlossen, daß die Verwaltung Schritte thut, um den Arbeitsnachweis wieder einzuföhren, ev. sich an dem von sämtlichen Sektionen dahier geplanten zu beteiligen. — Die Eckert'sche Angelegenheit nahm längere Zeit in Anspruch. Verschiedene neue Vorkommnisse zwängen uns, darauf zu sehen, daß die Sperre über diese Fabrik streng aufrecht erhalten wird, trotzdem die beabsichtigten Maßregelungen vom Dezember unterblieben. Durch das Verhalten Eckert's steht uns wahrscheinlich in der nächsten Zeit eine besondere Aktion bevor. Bei der Delegiertenwahl wurden 125 Stimmentzettel abgegeben. Davon fielen auf Kögner 102, Wöhlleben 1, Greif 1 Stimme, 1 war ungültig. — Die Mitgliederzahl hat sich im vergangenen Jahre um ca. 75 vermehrt und ist der gegenwärtige Stand 230. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Ph. Kögner, Neue Gasse 44; des Kassiers P. Siebenwurth, Heynestr. 30/III.

**Feilenhauer.**

**Erfurt.** Die am 8. Januar abgehaltene kombinierte Mitgliederversammlung der Metallarbeiter beschloß sich auch mit der Maßregelung des Feilenhauers Wagner durch Meister Falkenberg. Die beiden Kollegen, die sich nicht jollidariisch erklärten, glänzten durch Abwesenheit. Eine Kom-

mission von 8 Mann wurde gewählt, um beim Meister zu versuchen, die Maßregelung zurückzunehmen, allein ohne Erfolg; eine Einladung zu einer am 12. Januar abgehaltenen Feilenhauerversammlung lehnte er ebenfalls ab, indem er erklärte, sich nicht in Unterhandlungen einzulassen. Von Wiedereinstellung sei keine Rede, er hätte Mangel an Arbeit. Jedoch hat er sich 8 Tage nach der Kündigung um Zusendung eines Feilenhauers und eines Schleifers an uns gemeldet. Da herrscht doch wohl kein Arbeitsmangel und dann entläßt man, wenn es so ist, immer den zuletzt Eingetretenen und nicht den, der am längsten da beschäftigt ist und jede Arbeit machen kann, was bei dem, der noch dort, nicht der Fall ist. Meister Falkenberg wird dies Alles noch einsehen. Ueber die Werkstelle wurde die Sperre verhängt.

**Stauden.** Herr Weiß spricht in Nr. 2 gegen mich und meinen Kollegen fast lauter Unwahrheiten aus. Ich fühle mich nicht beleidigt, weil er uns die Arbeit nachmaß; wir mußten es erst im Wirthshaus erfahren, daß er es that, und das haben wir uns verbeten. Das kann er als Meister seinen Gesellen doch selbst sagen. Weiter streite ich ab, daß wir flau gearbeitet haben. Und ist es doch mal vorgekommen, so haben wirs auch wieder eingeholt, und es war dann seine eigene Schuld, wenn er uns abhielt, denn Niemand hat den Schnaps lieber getrunken als er und sein Kollege Neubert. Kann sich W. vielleicht noch erinnern, daß ich ihm seine „Bruderschaft“ um einen halben Liter Schnaps ablaufen mußte, obwohl es nicht mein Wille war? Ferner hat er nicht nur eine, sondern mehrere Wochen die Pausen hindurch gearbeitet, Unwahr ist es, wenn er sagt, wir seien ihm schroff entgegengetreten. Ich halte überhaupt alles in Nr. 52 Gefagte aufrecht. Er mag uns einmal sagen, wann wir seiner Frau einen Schnaps abgelockt haben, ich sage: nie! Unwahr ist es, wenn er spricht, wir gaben Neubert den Korb in der Trunkenheit in die Hand. — Was wir nach Feiertagen thaten, geht ihn nichts an! Was das Letzte in Nr. 2 über mich Gefagte betrifft, so stelle ich es den Kollegen selbst anheim, darüber zu urtheilen. Wenn man längere Zeit nicht auf seinem Beruf gearbeitet hat und kommt dann wieder mal in eine Bude, so ist es ganz natürlich, daß die erste Arbeit nicht so „gedreht“ ist. Wenn ich nicht zu seiner Zufriedenheit gearbeitet hätte, würde er mir nicht schon die zweite Woche (ohne meine Anregung) zugelegt haben.

O. B.

**An die Metallarbeiter des Herzogthums Braunschweig und der angrenzenden Bezirke.**

Kaut Beschluß der Schöninger Konferenz findet die diesjährige am Sonntag, den 3. März, in **Helmsdorf** statt. Beginn derselben und Vokal wird noch bekannt gegeben.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

- 1. Bericht und Abrechnung der Agitationskommission.
- 2. Unsere Agitation.
- 3. Die Generalversammlung in Halle.
- 4. Berathung anderweitiger Anträge und Verschiedenes.

Die Mandate für die Delegierten werden den Verwaltungsstellen baldigst zugestellt und dürfen diese laut Beschluß bei 100 Mitgliedern 2 Delegirte und über 100 Mitgliedern 3 Delegirte entsenden.

Mit kollegialem Gruß

**Die Agitationskommission der Metallarbeiter Braunschweigs und angrenzender Bezirke**  
J. A.: Carl Unverzagt, Hildeheimerstraße 16, Braunschweig.

**Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter**

(C. B. 29, Hamburg).

**Abrechnung der Hauptkassa pro Dezember 1898.**

Einnahme. Kassenbestand vom November 1,020,389,60. **46**  
Von Udenrade **70**. Welfen 50. Altenhagen 270,02. Alte  
Neustadt = Magdeburg 75. Altona 60. Annemendorf = Rade-  
weil 50. Aplerbeck 50. Barmby 100. Cennath 100. Ber-  
lin II 400. Berlin III 400 Berlin IV 400. Berlin VI  
300. Biebr 250. Bill 100. Bischheim 180. Bracke a.  
d. W. 70. Brandenburg a. d. S. 75. Bremerhaden 100.  
Buchholz 150. Buchau 400. Bünde 50. Bulach = Seiert-  
heim 150. Buchhütten 50. Charlottenburg 200. Chemnitz  
200. Cöln-Merheim 40. Cöln-Bisendorf 75. Cotta 100.  
Darmstadt 150. Dessau 250. Deuben 100. Dresden-Alt-  
stadt 200. Dresden-Neustadt 300. Düsseldorf 150. Eibel-  
stadt 40. Eilpe 200. Eising 150. Eller 50. Eßen a. d. R.  
200. Eßlingen 150. Ferneseleben 100. Frankenthal 250.  
Friedrichstadt = Magdeburg 140. Fürsternwalde 150. Grefte-  
münde 100. Geilenberg 80. Gelsenkirchen 150. Gera-  
mühl 70. Ginnheim 75. Gotha 100. Großauheim 180.  
Großenbaum 80. Gsteinaich 100. Hagen i. W. 150. Halle  
a. d. S. 200. Hamburg = Gimsbüttel 100. Harburg 100.  
Haje 125. Heibelberg 100. Henne 100. Hildesheim 30.  
Hoffeld 200. Hückberg 50. Homberg a. Rh. 75. Jauer  
57,40. Kaiserlautern 400. Karlsruhe 300. Kiel 200.  
Klein-Otterleben 50. Körtingdorf 200. Konstanz 200.  
Saar 100. Sämannspiel 60. Saufach 50. Leipzig 150.  
Leipzig-Entsch 150. Remsdorf 100. Regnitz 100. Rist 75.  
Rötha 400. Röllar 60. Magdeburg 100. Mannheim-  
Lindenhof 200. Mannheim-Neckar-Vorst. 350. Weizen 100.  
Neuselwitz 100. Mörsch b. Frankenthal 100. Mühlheim  
a. M. 80. Müllingen 400. Neckarau 400. Neinstedt 80.  
Neisse 80. Neue Neustadt = Magdeburg 100. Niederschö-  
nweide 100. Nippes 100. Nürnberg 800. Oberlar 50.  
Oberpösterwitz 80. Oberad 200. Offenbach a. M. 400.  
Offenburg 100. Plauen b. Dr. 100. Plethenberg 100.  
Pothappel 150. Quedlinburg 100. Rabenau 100. Rade-  
beul 100. Rath 100. Ratingen 150. Ravensburg 50.  
Remscheid 100. Reudsburg 40. Rosenheim 50. Rummels-  
berg 230. Ruyern 160. Ruyern 100. Saalfeld 100.  
Saarbrücken-Mühltratt 140. Schlöben 60. Schlebusch 200.  
Schwabach 60. Schwanheim 80. Schweinfurt 150. Schwerte  
250. Seckenheim 100. Siegen I 130. Siegen II 100.  
Speyer 70. Steele 60. Strum 200. Sudenburg 200.  
Teigel 200. Tempelhof 200. Troisdorf 150. Urberach 100.  
Wingit 100. Waldhüttelbrunn 80. Warstein 105,30. Weß-  
ringhausen 300. Weiden i. B. 84. Weingarten b. R. 60.

Weisenau 50. Werbau 20. Werne-Kolonie 200. Werken  
100. Wilhelmshaven 400. Witten 800. Wörringen 50.  
Wöppingen 70. Zichedje 175. Beitrittsgeld 1 Mitglied 1.  
Beiträge 573,80. Abgeordnetensteuer 0,40. Von Berufs-  
genossenschaften 91,67. Vergütung an Porto 23,38. Sonstige  
Einnahmen 0,90. Summa: **1,043,117,45.**

Ausgabe: Nach Valen **50**. Altona 100. Ansbach  
120. Annweiler 100. Bergsdorf 80. Bergen i. B. 80.  
Birlinghoven 180. Berlin I 200. Berlin IX 500. Ber-  
lingen 80. Bockenheim 200. Bonn 50. Brück 50. Bunz-  
lau 220. Cöln-Nord 250. Cöln-Süd 200. Cörne 80.  
Crumbach 80. Deutz 350. Diemitz 175. Döbeln 100.  
Ehrenfeld 100. Eningen 100. Enkheim 100. Finsterwalde  
30. Flöngern 150. Frankfurt a. O. 50. Gera 50. Geres-  
heim 200. Gießen 200. Gmünd i. Württg. 150. Görtitz  
200. Gröbtingen 50. Gummerbach 300. Hagsfeld 80.  
Hamburg i. Stadt 100. Hannover 400. Hattersheim 100.  
Hemelingen 200. Hilden 75. Humbold-Kolonie 250. Ingol-  
stadt 100. Jerlohn 160. Kalk 200. Klagsche 100. Kieren-  
feld 50. Einbenthal 100. Koshwitz 75. Mannheim-Elben-  
hof 150. Memmingen 100. Mörsch b. R. 50. Montigny  
40. Münden i. F. 100. Neuz 200. Oberbill 350. Ober-  
hausen I 100. Oggerheim 40. Ohle 90. Petersberg 75.  
Ratibor 50. Rehbt 150. Rodentirchen 100. Rondorf 100.  
Rostock 50. Rüttensteid 100. Saargemünd 100. Schaf-  
200. Schweidnitz 70. Siegburg 200. Sieglar 50. So-  
lingen 200. Spöck 50. Sprottau 50. Stettin 50. Uebigau  
100. Unterbach 170. Unterlieberbach 50. Vogelhang 50.  
Weiß 50. Wertheim 80. Wilhelmstadt-Magdeburg 100.  
Würrzburg 150. Zell 100. Zuffenhausen 60. Krankengeld  
an: C. Bensch, Driesen 11,40. J. Burger, Schw.-Hall 13,80.  
M. Grivazowski, Forbel 12,95. F. Herschel, Rahnitz 69.  
F. Jakob, Kenep 23. R. Jarzembowski, Danzig 8,40.  
C. Junggeburth, Horrem 46. C. Kunst, Häßlinghausen 73,60.  
W. Küke, Privitscheide 42,55. C. Kehlau, Odra 44,40. W.  
Kiege, Lutter a. Bgbe. 44,40. H. Kose, Anna 51,80. P.  
Kuppredt, Sorz 34,50. J. Kuitmann, Warrstorf 20,35.  
D. Scheffler, Sulmen-Jennen 39,20. Th. Schmeer, Söns-  
beck 27,60. C. Schwarz, Stralsund 13,80. Gehälter und  
Vergütungen an die Beamten der Hauptverwaltung 1408,15.  
An die Mitglieder der Revisionskommission 150,70. Abonne-  
ment der Metallarbeiterzeitung 3. und 4. Quartal 1012.  
Amtliche Nachrichten d. D. B. V. 6,60. Buchbinder-Arbeiten  
407,50. Porto, Schreibmaterial u. s. w. 372,80. Mantel-  
geld des Hauptkassiers 10. Summa: **14,489,50.**

**Bilance.**

Einnahme 1,043,217,45 **46**  
Ausgabe 14,489,50 **70**  
Kassenbestand 1,028,727,95 **76**

Berichtigung. In der November-Abrechnung muß es in der Einnahme nicht Ostersheim 50 **46** heißen, sondern Ostersfeld.

C. Gutenuth, Hauptkassier.

**Rundschau.**

**Der Sammetweber-Zustand in Krefeld** dauert fort. Mit den Hilfsarbeitern, welche von den Fabrikanten entlassen wurden, sind ja 5500 Personen zu unterstützen. Die Arbeiter einer Fabrik (Ebeling u. Co.) sind bereits die achte Woche im Ausstand. Da nun die Textilarbeiter in Folge der in dieser Industrie herrschenden niedrigen Arbeitslöhne fortbauernde Kohnkämpfe zu führen haben, so ist es den Textilarbeitern nicht möglich, aus eigener Kraft diesen Kampf zu führen. Die Fabrikanten wollen die Arbeiter aushungern und die im Entstehen begriffene Organisation vernichten.

Arbeiter Deutschlands, Metallarbeiter, helft den Webern, welche für Erhaltung ihrer Löhne kämpfen, damit die Weberlöhne nicht noch mehr sinken als es bereits geschehen. Anfragen an Hermann Bär, Krefeld, Kaiserstr. 18.

**Oesterreich.** In der österreichischen Fahrradindustrie dauert die Krise noch immer an und werden aus allen Produktionsgebieten dieser Branche, obwohl die Saison in nicht allzulanger Zeit beginnt, Entlassungen von Fahrradarbeitern gemeldet.

In der Oberberger Drahtzieherei stellten in Folge von Maßregelung der Vertrauensmänner sämtliche Arbeiter die Arbeit ein. Der Direktor, welcher erst vor ganz kurzer Zeit eine frühere Arbeitsstellenverprovizirte, verlangte von den Arbeitern den Austritt aus dem Metallarbeiterverband. Nach 3tägigem Ausstande wurde der Streik zu Gunsten der Arbeiter beigelegt und seitens des Präsidenten der Aktiengesellschaft die Erklärung abgegeben, daß der Austritt nicht gefordert werde. Die anderen gestellten Forderungen wurden auch größtentheils bewilligt. Bezeichnend für die Menschlichkeit der Aktionäre ist, daß die Arbeiter auch die Beistellung geeigneten Trinkwassers forderten und schließlich nach langen Unterhandlungen solches zugesichert erhielten.

In den Stefanie-Fahradwerken der Reichsberger Firma Möldner & Sereta stellten am 16. Januar sämtliche 68 Arbeiter die Arbeit ein. Die gestellten Forderungen sind: 1) Humane Behandlung seitens der Unternehmer. 2) Regelung der Löhne unter Beihilfe Sachverständiger. 3) Abschaffung des Kampenzylinderkaufes durch die Arbeiter. 4) Das Recht, sich vor der Mittagspause und vor Schluß der Arbeit reinigen zu können, sowie Beistellung von Seife und Wasser. 5) An Feiertagen dauert die Arbeitszeit acht Stunden. 6) Wohnveränderungen sind 14 Tage vorher bekannt zu geben. 7) Beistellung der zur Arbeit notwendigen Hilfsmittel. 8) Abschaffung der sanitären Uebelstände. 9) Das Recht, sich zum Frühstück und zur Besper die notwendigsten Lebensmittel holen zu lassen. Obwohl die Streikenden ganz selbstverständliche Dinge fordern, wurden sie mit den Forderungen abgewiesen und sollen statt wie früher 10 Stunden jetzt täglich 11 Stunden arbeiten. Der Kampf wird sehr hart werden, da die Unternehmer trotz der geringfügigen, sehr leicht zu erfüllenden Ansprüche der Streikenden die bedingungslose Unterwerfung fordern. Sehr wahrscheinlich ist, daß die Firma sich nach Deutschland um Ersatzkräfte wenden wird, weshalb die deutschen Fahrradarbeiter erucht werden, wie es waderen Kameraden geizt zu handeln.

**Die organisierten Streikbrecher streiken!** In verschiedenen englischen Städten bestehen seit Jahren von den Unternehmern oder ihren Handlangern gegründete und ge-

leitete Vereinigungen der sogenannten „freien Arbeiter“, die keinem Gewerke angehören und überallhin, wo ein Unfriede eintritt, als Streikbrecher geschickt werden. Unter den Londoner Dockarbeitern besteht ebenfalls eine solche Streikbrecherorganisation und deren Mitglieder stehen jetzt ebenfalls im Streik wegen Lohnereduktion! Wenn auch diese Säule wankt, dann können die Herren Kapitalisten nur einpacken, dann ist das Ende da, also...

Litterarisches.

Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis. Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Bearbeitet von C. Legien. 224 S. Preis im Buchhandel M 1,50, durch die Gewerkschaftsbeamten billiger zu beziehen. Wir erziehen die Genossen, sich die Broschüre anzuschaffen, denn sie enthält ein reiches Material, wie in Deutschland Unternehmer und Behörden das Koalitionsrecht illusorisch zu machen suchen.

Berlin. (Telegramm.) Die Differenzen in der Sieberei Wolter sind zu Gunsten der Arbeiter erledigt. (Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Albedts. Sonnabend, 4. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Herrn Bahllein. Wahl des Bevollmächtigten. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Antrag des Kollegen Hollandsmorsik. Jahresbericht.

Altenburg. Sonnabend, 28. Jan., Abends halb 9 Uhr, im „Livol“. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Arbeitslosenunterstützung.

Bergedorf. Sonnabend, 4. Februar, Abends 8 Uhr. Kartellbericht. Referat über Arbeitslosenunterstützung und die Zweckmäßigkeit der Einführung derselben im D. M. B. Ref.: A. v. Elm. Die Konferenz in Neumünster. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Für den Osten am Sonnabend, 28. Januar, bei Wiedemann, Friedenstr. 67. Für Charlottenburg am Sonnabend, 28. Jan., bei Pasche, Potsdamerstr. 44.

Berlin. Sonntag, 5. Febr., Vorm. 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, außerordentliche Generalversammlung. Spezialberatung der Arbeitslosenunterstützung. Wahl der Delegierten.

Bödingen. Sonntag, 5. Febr., Nachmittags 3 Uhr, bei Förster, Wolfesplatz. Rosenbericht. Bericht von der Konferenz zu Welsert. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Braunschweig. (Schlosser und Maschinenbauer.) Sonnabend, 28. Jan., Abends halb 9 Uhr, in der „Engl. Krone“, Schternstr. 42. Abrechnung vom 4. Quartal.

Bremen. Sonnabend, 4. Febr., Abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Finkenstr. 21/22.

Breslau. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 4. Febr., Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Bericht von der Bezirkskonferenz zu Breslau. Delegiertenwahl. Karten für den Vortrag über „Die neuesten Ergebnisse der Elektrizität“ sind noch zu haben.

Dessau. Sonnabend, 28. Jan., Abends 8 Uhr, bei Silenberg. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Dortmund. (Sektion der Klempner.) Samstag 4. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Kredel, Mühlentstr. 1. Delegiertenwahl.

Duisburg. (Sektion der Feilenhauer.) Samstag, den 29. Januar.

Duisburg. (Allg.) Am 28. Jan., Abds. halb 9 Uhr, in den „3 Kronen“.

Erfurt. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 28. Jan., bei Birsching, Allerheiligenstr. 6. Abrechnung vom Weihnachtsgewinn. Wichtige Mitteilung betr. Zeitung. — Ausgabe des Programms zum 2. Jahrgangsjahr.

Frankenthal. Samstag, 25. Jan., Abds. halb 7 Uhr, bei Burgund, Belshage 33. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Jahres- und Rosenbericht. — Um unseren auswärtig wohnenden Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihr Wahlrecht auszuüben, haben wir die Versammlung schon am halb 7 Uhr anberaumt.

Frankfurt a. M. (Sektion der Spengler u. Installateure.) Samstag, 28. Jan., bei Stein, große Eisenheimerstr. 23.

Fürstentum. Sonnabend, 4. Febr., in der Schlagschleier. Vortrag über Arbeitslosenunterstützung.

Griesheim a. M., Mittwoch, 1. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „Krauer Hof“.

Görlitz. Samstag, 28. Jan. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Hainholz. Dienstag, 7. Febr., bei Schönmann.

Hamburg a. d. E. Sonnabend, 28. Jan., Abds. halb 9 Uhr, bei Wittenkop. Arbeitslosenunterstützung (Referat und Konferenz). Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Hamburg. (Sektion der Klempner a.) Räumliche Versammlung am 7. Februar, Abends präzis halb 9 Uhr, bei Silber, Gänsemarkt.

Hannover. (Allg.) Sonnabend, 4. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „Ballhof“. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Heinrichs. Am 29. Jan., Nachmittags 3 Uhr, bei Böhml. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Abrechnung vom 4. Quartal.

Hilfersloh. (Allgem.) Samstag, 4. Febr., Abends halb 9 Uhr, in den „drei Köhren“, Stadtwelserstr. 1. Wahl eines Reisebegleiters.

Karlruhe. (Sektion der Bauhofsler.) Samstag, den 28. Jan., Abends halb 9 Uhr, in der „Fortuna“.

Karlsruhe-Mühlberg. Samstag, 28. Jan., Abends halb 9 Uhr, im „Nitter“. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Berichtsprüfung von der Konferenz.

Kiel. (Beide Sektionen.) Mittwoch, 1. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Ahrens, Alte Reiche 8. Wahl einer Agitationskommission für Schleswig-Holstein und Lübeck. Anträge zur Generalversammlung.

Kriegau. Am 4. Febr., im „Preußischen Hof“. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Vortrag.

Ludwigsburg. Samstag, 28. Jan., Abds. halb 9 Uhr, in Holländers Brauerei. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Mühlhausen. Sonntag, 5. Febr., Vormittags 11 Uhr, im Saaleböschchen.

Mühlhausen. Jeden letzten Samstag im Monat Mitgliederversammlung.

Mühlhausen i. Ch. Sonnabend, 29. Jan., bei Herting. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Münster. 18. Wahlstiftung. Donnerstag, 2. Febr., Vorm. 10 Uhr, im „Kolozeum“, 1. St., kombinierte Versammlung. Delegiertenwahl.

Nensalz a. O. Sonnabend, 4. Febr., Abends 8 Uhr, in der „Gold. Kugel“. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Bericht von der Konferenz.

Nürnberg. (Allg.) Sonntag, 5. Febr., Vorm. 10 Uhr, im großen Saale des Kais. Wert. Brechtelgasse. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.

Osnabrück. Sonntag, 5. Febr., Vormittags 11 Uhr. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Forstheim. Samstag, 4. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „gold. Löwen“. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Rathenow. Branchenversammlung der Glaschleifer am 4. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Meißel, Jägerstr. 14.

Roslan. Sonnabend, 4. Febr., bei Schreiber, Feldstraße. Delegiertenwahl.

Schramberg. Samstag, 28. Jan., Abends 8 Uhr, Kartellversammlung im „Rühl“.

Schwabmühl. Sonnabend, 4. Febr., Abds. halb 9 Uhr. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Anträge zu beratseln.

Stuttgart. (Sektion der Mechaniker.) Samstag, 28. Jan., Abends 8 Uhr, im Lokal Lindenstr. 27. Delegiertenwahl zur Generalversammlung. Beratung der Anträge zur Generalversammlung.

Südingen. Samstag, 4. Febr., Abds. 8 Uhr, im „Vollgarten“ in Dstheim. Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Versammlung (wann? Red.) im Gewerkschaftshaus (Gold. Bären). Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Suhl. Sonntag, 5. Febr., Nachm. 3 Uhr, im Lokale zur „Dombergs-Anstalt“.

Teibert. Samstag, 4. Febr., Abends halb 9 Uhr, bei Witthe Katterheidt, Neustr. 26.

Wiesbaden. (Allg.) Samstag, 4. Febr., Abends halb 9 Uhr, im „Schwalbacher Hof“.

Wiesbaden. (Sektion der Spengler u. Installateure.) Am 4. Febr., Abends 9 Uhr, im Vereinslokal. Vortrag. Delegiertenwahl.

Witten. Sonnabend, 28. Jan., Abends halb 9 Uhr, halbbend in „Stadt Wien“.

Berlin. Die letzten erschienenen Broschüre von Max Schippel: „Die Gewerkschaften und das Koalitionsrecht“, ist zu dem Ueberschusspreis von 10 J. im Bureau, Annenstr. 39, sowie bei den bekannten Vertrauensleuten zu haben.

Bielefeld. Der Arbeitsnachweis der Metallarbeiter für Siedel und Umgebung befindet sich Heeperstr. 48 bei Fr. Bunte. Der Nachweis ist Morgens von 9—10 und Nachmittags von 6—7 Uhr geöffnet. Umgehungen ist untertags; es empfiehlt sich daher für durchreisende Kollegen unter allen Umständen den Arbeitsnachweis zu benutzen. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß die Reiseunterstützung bis zum 1. April noch bei Bunte, Heeperstr. 48, von Morgens 9—10 Uhr und Nachmittags von 6—7 Uhr ausbezahlt wird; außer dieser Zeit findet keine Auszahlung statt, es werden daher die Kollegen ersucht, nur die festgesetzte Zeit zu benutzen, andernfalls sie abgewiesen werden.

Braunschweig. Der Klempner Ernst Müller aus Magdeburg, H.-N. 105128, wird hierdurch aufgefordert, im eigenen Interesse seinen Verpflichtungen gegen das Vergütungskomitee des D. M. B. (Allg.) Braunschweig binnen 14 Tagen nachzukommen. Mitteilungen an G. Siebers, Friedrichstraße 40.

Dresden u. Umgebung. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich beim Kassier Max Harte, Frauenstr. 2, 1, wocißt auch das Gehalt ausbezahlt wird. Das Ansuchen ist streng verboten.

Dortmund. (Sektion der Klempner.) Arbeitsnachweis und Reisegeld bei Kredel, Mühlentstr. 1. Herberge bei Wilm, Dorstr. 6. — Vom 1. Februar an ist die Wohnung des Kassiers H. Fanzel, 2. Kamp 19.

Dresden. In die Einzelmäßigkeiten von Dresden-Alt- und Neustadt, Miktra, Sadik, Hebigar, Kadebrul, Rodik, Manca, Eobtan, Kausch, Costa usw. (zahlreiche Dresden). Es sind von jetzt ab alle Korrespondenzen, Anträge, Beschwerten nur bei dem Bevollmächtigten J. Hoffmann, Wettinerstraße 39, IV, anzubringen. Sprechezeit an allen Wochentagen Vormittags von 11 bis 12 Uhr und Nachmittags von 7—8 Uhr. Die Reiseunterstützung wird an Wochentagen von 7—8 Uhr Abends und Samstags von 10—11 Uhr Früh im „Gasthaus zur Bogenburg“, Flemingstr. 15, ausgezahlt. Der Arbeitsnachweis der Klempner befindet sich dort. Geschäftsstunden: Wochentags von 7—8 Uhr Abends und Samstags von 11—12 Uhr Vormittags. Die Zahlstellen bei Balten, Freiburger Platz, und Goslöber, Schwanenstraße, bleiben bestehen und werden jeden Sonnabend von 8—10 Uhr Abends Beiträge entgegengenommen. Alle Beitragssammler nehmen Neuanmeldungen entgegen.

Ferner machen wir die Mitglieder auf unseren am 8. Februar stattfindenden Familienabend im „Trion“ aufmerksam, bestehend in humoristischen Vorträgen, ausgeführt von den rühmlichst bekannten Oscar Jungbühnelchen Sängern, und Ball. Karten nur für Mitglieder und deren Angehörige sind zu entnehmen jetzt schon à Stück 40 J. beim Bevollmächtigten J. Hoffmann, Wettinerstr. 39, IV, bei M. Paaf, Stifstr. 10, in den Zahlstellen bei Balten und Goslöber, sowie bei sämtlichen Beitragssammlern. Anfang 8 Uhr. Ende 8 Uhr.

Freiburg i. Breisgau. Samstag, 4. Febr., keine Versammlung, dagegen Faschingsunterhaltung mit Tanz im Storchensaal, Schiffstraße, wozu auch die Kollegen der Fahrradarbeiter-Sektion freundlichst eingeladen sind.

Fürth. (Allgem.) Adresse: 1. Bevollmächtigter: Carl Böllner, Moststr. 9, III, 2. Bevollmächtigter und Schriftführer: Josef Braunlein, Nürnbergerstr. 65; Kassier: Gg. Gerhardt, Katharinenstr. 10, III.

Griesheim a. M. Der Kugelarbeiter Jos. Heußner, geb. am 19. Juli 1876 zu Gierfeld, eingetret am 28. Aug. 1897 zu Schweinfurt, B.N. 281986, wird ersucht, sein Buch von der hiesigen Ortsverwaltung einzufordern.

Hainholz. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Karl Behle, Hannover, Derflingerstr. 7, IV. Bei Abwesenheit übernimmt alle Verbandsangelegenheiten der Kollege Meute, Hannover, Derflingerstr. 7, I.

Hannover. Der Vertrauensmann Karl Behle wohnt: Derflingerstr. 7, IV.

Hildesheim. Sonntag, 26. Februar, im Saale des Herrn Wolf, Stiftungsfest.

Lübeck. Der Schlosser Emil Kühle aus Stettin, eingetret am 9. Sept. 1897, H.N. 227353, wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die Zahlstelle Lübeck nachzukommen.

Lübeck. Alle Sendungen an die hiesige Verwaltungsstelle sind an das Bureau der Metallarbeiter, Johannestraße 50, zu richten. Dasselbst wird das Reisegehalt ausgezahlt an Werktagen von 8—9 Uhr Abends, an Sonn- u. Feiertagen von 11—12 Uhr Vormittags.

Mannheim. Schlosser Georg G. Slinger, geb. zu Franckenthal, wird betrefß Verbandsangelegenheiten um seine Adresse ersucht.

Carl Slinger, Große Mergelstr. 31, Mannheim.

Mannheim. Dreher Max Bachmann, geb. 4. April 1868 zu Altenburg, wird um Angabe seiner Adresse ersucht. Die Ortsverwaltung.

Offenbach a. M. Der Metalldreher Paul Arnold, geb. am 17. März 1873 zu Chemnitz, wird aufgefordert, seine Adresse an die Ortsverwaltung Offenbach gelangen zu lassen. Kollegen werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen.

Horsheim. Sonntag, 5. Febr., Abendunterhaltung im „gold. Löwen“. Anfang 7 Uhr.

Spreyer. Bevollmächtigter: Karjes, Mittelfammerstraße 9; Kassier: Steinhilber, Steinmeßergasse 21. Alle Sendungen an Karjes.

Stassfurt. Bevollmächtigter: Wilhelm Benz, An der Bode 13. Kassier: Christof Heinze.

Wismar. Das Mitgliedsbuch Nr. 268731, lautend auf Max Röckl, Klempner, geb. am 8. Mai 1879 zu Halle a. S., ist verloren gegangen und aufzuhalten.

Gestorben. In Schmölln Johann Schreil am 11. Januar an der Proletarierkrankheit, 36 Jahre alt. — In Kappe bei Chemnitz am 15. Januar Paul Graupner, Schlosser, an Lungenentzündung im Alter von 25 Jahren. — In Schleiz am 17. Januar der Klempner Emil Grob an Schwindhust.

Öffentliche Versammlungen.

Grüna i. S. Sonntag, 29. Jan., Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Helligischen Gasthauses in Grüna öffentliche Metallarbeiterversammlung. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die Konferenz der sächsischen Metallarbeiter, ev. Wahl eines Delegierten dazu.

Heine. Sonnabend, 4. Febr., öffentliche Metallarbeiterversammlung. Vortrag. Referent: Karl Behle-Hannover.

Schwibus. Sonntag, 29. Jan., Nachmittags halb 4 Uhr, im „Gasthof zur deutschen Eiche“, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Vortrag des Kollegen Maschisch-Berlin über: Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Privat-Anzeigen.

Um die Adresse des Schlossers Max Straube, früherer Frankfurterstr. 33, Braunschweig, wird ersucht. [18]

H. Deppmeier, Braunschweig, Frankfurterstr. 33.

Formen-Gesuch.

1 oder 2 tüchtige Formner, die selbstständig arbeiten können, erhalten dauernde Beschäftigung ev. in Lohn.

21] Louis Zanger, Simbach i. S.

Zwei recht tüchtige solide Formner werden angenommen.

20] Eisenwerk Neumarkt i. O.

Mehrere ältere Schlosser, die auf Studenten-Fläger eingeweiht sind, finden dauernde Stellung bei

17] Emil Lüdke in Jena.

Tüchtige Dreher

finden dauernde und lohnende Arbeit. Solche, welche auch am Schraubstock arbeiten können, bevorzugt.

13] Gg. Kuffmann, Maschinenbaugeschäft, Regensburg.

Spänglerci-Verkauf.

In Straubing ist eine gutgehende Spänglerci wegen Lebensfall zu verkaufen event. abzulösen. Für Anfänger sehr günstig. Briefe an

11] J. Häuslein, Spänglermeisterwitwe, Straubing.

Wer liefert H. Plättchen aus Blech, 20 mm. groß Briefe u. S. E. 7627 an Rudolf Wölfe, Köln. [22]